

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

16. Dez. 1946

Blatt 1765

Gemeinderat

=====

Der Wiener Gemeinderat trat heute um 8 Uhr früh unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. h. c. General a. D. Körner zu Beratungen des Gemeindevoranschlags für das Jahr 1947 zusammen.

Die Beratungen wurden vom Finanzreferenten der Stadt Wien, Stadtrat Karl Honay (SPÖ) eingeleitet. Der Berichterstatter referierte zugleich über die von ihm geleitete Verwaltungsgruppe II Finanzwesen, sodaß mit der Generaldebatte über das Budget auch die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe Finanzwesen abgeführt wird.

Amtsführender Stadtrat Honay führte u. a. aus:

Zum 2. Mal in diesem Jahre wird dem Gemeinderat der Haushaltsplan für die Geschäftsführung vorgelegt. Wir sind heute in der angenehmen Lage, den Mitgliedern des Gemeinderates mitteilen zu können, daß wir, in halbwegs normale Verhältnisse überleitend, einen Voranschlag vorlegen, der verfassungsgemäß zur rechten Zeit eingebracht wurde und dem Volk von Wien nach Möglichkeit all das, was man in diesen bewegten Zeiten verlangen kann, bietet.

Wir haben leider noch immer sehr ungeklärte politische und wirtschaftliche Verhältnisse. Noch immer ist unser Land in vier Zonen geteilt, noch immer herrscht eine wirtschaftliche und politische Ungleichheit, die sich zum allergrößten Teil auf Wien auswirkt. Die Auswirkungen der Kriegszeit auf die Bundeshauptstadt sind ärger als in den anderen Bundesländer, und wir sehen, daß Wien auf allen Gebieten eine ziemlich schwierige Situation zu verzeichnen hat.

Wir haben gegenüber normalen Zeiten nicht nur an der Beschäftigtenzahl verloren, sondern auch unsere Wirtschaft hat seit

1934 einen Schrumpfungsprozess erfahren hat, der zu bösen Ahnungen berechtigt.

Wien zählte - unter Berücksichtigung der 26 Bezirke - im Jahre 1934 2,091.541 Einwohner. Nach einer Zählung von 10.11.1946 hatte es 1,689.244. Es ist also ein Bevölkerungsdefizit/402.297 Personen zu verzeichnen. Das zeigt, daß wir uns auf einer absteigenden Ebene befinden.

Eine Verschlechterung in der Bevölkerungsbewegung, die sich gleichfalls ungünstig auf unsere Wirtschaft auswirken wird, müssen wir in einer sehr unliebsamen Vergreisung unserer Bevölkerung konstatieren. Wir haben beispielsweise im Jahre 1934 in Wien 276.080 Personen gehabt, die mehr als 60 Jahre alt waren; im Juli 1946 ist diese Zahl auf 309.480, also um 33.400 gestiegen.

Dagegen ist das frische Blut in dieser Stadt in einem bedauerlichen Rückgang begriffen. Im Jahre 1934 hatten wir noch 195.450 Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren zu verzeichnen, im Jahre 1946 nur 89.464. Das bedeutet einen Rückgang von rund 95.000. Die gleiche Beobachtung können wir bei der Schrumpfung unserer Wirtschaft machen. Im Jahre 1932 hatten wir beispielsweise in Wien allein 13.987 Gewerbeanmeldungen, die im Jahre 1944 als Kriegsfolge auf 1.579 zurückgegangen sind, denen 4.202 Gewerbe--rücklegungen gegenüberstehen. Bei den protokollierten Firmen ist der Rückgang noch weitaus stärker. 1930 gab es in Wien noch 9.355 protokollierte Einzelfirmen gegen derzeit 4.463. Die Zahl der gesamten protokollierten Firmen ist von 22.806 auf 10.269 zurückgegangen. Der gleiche Rückgang läßt sich auch in der Zahl der Beschäftigten feststellen. Nach der Statistik der Wiener Ortskrankenkasse gab es in Wien am 31.12.1939 587.526 Beschäftigte am 30.6.1946 bloß 382.000.

Es ist ganz klar, daß sich dieser Schrumpfungsprozess auch auf das Budget unserer Stadt in einer sehr bedauerlichen Weise auswirken wird. Nur langsam kann sich unsere Industrie und unser Gewerbe auf die Friedensverhältnisse, soweit man in der gegenwärtigen Periode von solchen sprechen kann, umstellen. Unsere Wirtschaft steht im Zeichen des Mangels und der Verknappungserscheinungen und diesen Erscheinungen folgen Teuerung sowie ein Anziehen der Preis- und Lohnschraube. Dieser Zustand des wirtschaftlichen Gleichgewichtes ist fast in ganz Europa aufgehoben, er wirkt sich

aber ganz besonders in Österreich, und hier vor allem in der Bundeshauptstadt am stärksten aus.

Die Finanzen unserer Stadt sind ziemlich stabil geblieben. Die Abgaben konnten keine wesentliche Erhöhung erfahren, dagegen sind die Mehrausgaben ziemlich stark gestiegen. Während wir 1946 eigene Steuereinnahmen in Höhe von 101,9 Millionen präliminierten sieht der Voranschlag für 1947 Steuereinnahmen von 128.4 Millionen Schillingen vor; das bedeutet ein Mehr an Steuern von 26.5 Millionen. Dem gegenüber stehen jedoch Mehrausgaben von 89 Millionen. Unser Steueraufkommen deckt 28 % unserer Ausgaben. Wir haben in der Gemeindeverwaltung durch Erhöhung von einzelnen Tarifen Mehreinnahmen von 57.5 Millionen für 1947 veranschlagt. Auch hier konnten die Mehrausgaben nicht zur Gänze gedeckt werden.

Es ergibt sich das Bild, daß 457,630.000 Schilling Ausgaben nur 387.650.000 Schilling Einnahmen gegenüberstehen und somit ein Abgang von 69,980.000 Schilling Abgang zu verzeichnen ist. Das Steuerbudget ist in den grundlegenden Abgaben unverändert geblieben. Die gegenwärtig aufscheinenden Mehreinnahmen durch Vermögens- und Getränkesteuer werden in normaleren wieder zurückgehen. Der Ausbau der Lohnsummensteuer, die konform mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter vermehrte Einnahmen erwarten läßt, kann wohl am meisten Beachtung geschenkt werden, doch liegt auch diese Steuer im Verhältnis zur seinerzeitigen Fürsorgesteuer weit zurück, da durch diese im Jahre 1931 nicht weniger als 68,600,000 Schilling eingegangen sind.

An der Spitze der Ausgaben stehen wie immer die Personallasten. Die Situation ist so, daß 45 % der Ausgaben für das Personalbudget vorgesehen sind. Während 1946 die Personalausgaben 161 Millionen Schilling betragen, haben sie für das Jahr 1947 eine Steigerung um 42.4 Millionen Schilling auf 203,400.000 Schilling erfahren. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Bezüge kann nicht angezweifelt werden, da sie eine Folge der in der letzten Zeit in Österreich herrschenden Preispolitik ist, die dazu zwingt, die Löhne der Arbeiter und Angestellten den tatsächlichen Verhältnisse anzupassen. Es muß aber eine Reform in der Personalpolitik eingeschlagen werden. Trotz der anfallenden Mehrarbeiten, die sich aus den Eingemeindungen, der Übernahme der Fondskrankenanstalten, der Führung der Standesämter und dem Dienst in der Ernährungswirtschaft ergeben, sind rund 3000 Angestellte zuviel und hier muß das Prinzip Platz greifen: Lieber weniger und gut bezahlte, zufriedene Angestellte, als ein Heer von schlecht bezahlten und unzufriedenen Bediensteten.

Wesentlich im Budget für das kommende Jahr sind wieder die Ausgaben für die Fürsorge. Veranschlagt sind 161 Millionen Schilling, also genau so viel wie an Personalausgaben für das Jahr 1946. Sie betragen 35 % der Gesamtausgaben. Ein solches Budget auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens in dieser Zeit kann nur die Anerkennung aller Kreise finden.

Für die technischen Einrichtungen sind 79 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen, davon 39 Millionen Schilling für Personalaufwand und 40 Millionen Schilling für Sachausgaben. Von diesen 79 Millionen Schilling sollen 43.5 Millionen durch eigene Einnahmen der technischen Betriebe gedeckt werden. Trotz Mangel an Fachkräften und Transportmitteln soll im kommenden Jahr auch auf dem Gebiete des Bauwesens mehr geschaffen werden, als man noch vor einem Jahr annehmen konnte. Es soll möglich gemacht werden, 1947 weitere Fortschritte zu erzielen. 19 Millionen Schilling sind für Bauten vorgesehen, davon 4 Millionen Schilling für die Wiederbenützbarmachung von 1546 Wohnungen und 15 Millionen Schilling für den Neubau von 2000 Siedlungswohnungen, die erste Rate auf dem Wege zur Schaffung schöner, einwandfreier und hygienischer Wohnungen. Es handelt sich hier um ein Programm, das den Gemeinderat in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen wird.

1 Million Schilling ist für den Ankauf von Liegenschaften vorgesehen, trotz der herrschenden Schwierigkeiten auf der Grundstückmarkt.

Für das Wiener Schulwesen, das immer guten internationalen Klang gehabt hat, wurden 20.6 Millionen Schilling präliminiert. Wie immer werden auch im kommenden Jahr den Kindern die Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Auch für 1947 ist ein ausserordentlicher Voranschlag vorgesehen, von dem 46.5 Millionen Schilling unbedeckt erscheinen. Es handelt sich vor allem um Beträge zur Behebung von Kriegsschäden. An der Spitze steht die Wiederinstandsetzung von Wohnhausbauten der Gemeinde Wien: Von insgesamt 53 Millionen Schilling sieht der ausserordentliche Voranschlag 11 Millionen für die Reparatur kriegsbeschädigter Wohnungen

16. Dez. 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1769

vor, weitere 11 Millionen Schilling für die Wiederherstellung von Brücken und Strassen, 3.5 Millionen für Schulgebäude, 3 Millionen für beschädigte städtische Bäder, 1.5 Millionen für Märkte und Schlachthöfe und 1 Million Schilling für Gartenanlagen.

Wenn man die vorgesehenen Ausgaben für Bauten im ordentlichen und im ausserordentlichen Voranschlag zusammenrechnet, so ergibt sich für 1947 ein Betrag von 91 Millionen Schilling für bauliche Zwecke. Ob dieses Programm auch tatsächlich durchzuführen sein wird, wird vor allem vom Umfang der Materialzuweisungen im Jahr 1947 durch die zuständigen Ministerien abhängen.

Eine weitere Sorge ergibt sich aus der Behandlung der Randgebiete. Die Niederösterreichische Landesregierung hat die Forderung erhoben, dass die 1938 von den Nazis eingemeindeten 97 Gemeinden an Niederösterreich zurückfallen sollen. Es haben Verhandlungen stattgefunden, die weder den Niederösterreichern noch den Wienern Freude bereiten. Auf beiden Seiten gab es nur Unzufriedene. Da die Verwaltung aber nicht von der Unzufriedenheit leben kann, sind 81 Gemeinden abgetrennt worden.

Die von beiden Landtagen beschlossenen übereinstimmenden Trennungsgesetze liegen unerledigt beim Alliierten Rat und wir können daher diese Gemeinden nicht ausschalten, sondern haben im Voranschlag für sie vorsorgen müssen. Die 81 Randgemeinden bringen uns an Einnahmen 10,951,640 Schilling, denen rund 21 Millionen Schilling an Ausgaben gegenüberstehen. Das Land Niederösterreich hat für diese Gemeinden eine gewisse Haftung übernommen und zu diesem Zweck einen Kredit von 6 Millionen Schilling eingeräumt.

Stadtrat Honay sprach dann die Bedeckung des Defizites. Schon der ordentliche Voranschlag des Jahres 1946 weist ein Defizit von 38 Millionen Schilling auf. Dieses Defizit wird sich schätzungsweise ziemlich stark verringern. Nicht weil absichtlich Ausgaben zurückgestellt wurden, sondern weil die würgende Materialnot viele vorgesehene Arbeiten nicht durchführen hat lassen. Das verbleibende Defizit des Jahres 1946 wird durch eine Erhöhung der Bundeszuschüsse gedeckt werden. Heute finden diesbezüglich im Finanzministerium unter Vorsitz des Finanzministers ernste Verhandlungen statt.

Es ist zu hoffen, daß wir eine Behandlung erfahren, die den Interessen und der Bedeutung der Bundeshauptstadt in der zweiten Republik entspricht. Alle Gemeinden, nicht nur in Österreich, leiden unter einem Defizit. Paris z.B. weist ein solches von 4 Milliarden Francs auf. Durch Verhandlungen, die der Städtebund und die Landesregierungen mit der Bundesregierung geführt haben, werden den Ländern und Gemeinden aus der Abgabenteilung 25 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das ist ein Akt der Gerechtigkeit.

Im Voranschlag scheint für Finanzausweisungen des Bundes an Wien sowohl als Land als auch als Gemeinde ein Betrag von 36.9 Millionen Schilling auf. Das ist derselbe Betrag, den uns der Finanzminister auch im Jahre 1946 zur Verfügung gestellt hat. Er entspricht keineswegs mehr den geänderten Verhältnissen. Dieser richtigen Auffassung konnte sich auch der Bundesfinanzminister nicht verschließen. Es wurde daher für die Länder eine nachträgliche Zuweisung von 12 1/2 Millionen Schilling zuerkannt und an Finanzausweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände ebenfalls 12 1/2 Millionen Schilling bewilligt. Es bekommen daher alle Länder und Gemeinden 25 Millionen Schilling mehr. Wieviel von diesem Betrag auf Wien entfällt, kann heute noch nicht mitgeteilt werden, das wird vom Ergebnis der Verhandlungen abhängen, die heute im Finanzministerium beginnen.

Zum Vergleich führte der Redner an, wie sich die Abgabenteilung in früheren Jahren zu Gunsten Wiens ausgewirkt hat. Im Jahre 1928 wurden vom Bund aus der Abgabenteilung 136.8 Millionen Schilling im Jahre 1937 69.3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Jetzt bekommen wir aber nur 36.9 Millionen Schilling. Es muß getrachtet werden, allen Ländern und Städten eine gerechte Zuteilung aus den Steuern, die sie selber aufbringen, zu sichern. Es ist geplant, für das Jahr 1948 eine neue Abgabenteilung zu erwirken. Es soll der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Ländern und Gemeinden das bringt, was sie zum Leben brauchen.

Es wird getrachtet werden, auch im Jahre 1947 Einsparungen durchzuführen und doch werden wir gezwungen sein, den Anleiheweg zu beschreiten. Das hängt mit der Währungspolitik zusammen, die nicht von der Regierung gemacht werden kann, sondern über die andere Mächte entscheiden. Es geht aber nicht an, daß nur die heutige Generation die furchtbaren Wunden und Schäden, die zwei

große Kriege uns geschlagen haben, auf ihre Schultern nehmen soll. Es muß auch die kommende Generation dafür aufkommen.

Von den Kriegsschäden im Ausmaß von 370 Millionen Schilling haben die städtischen Wohnhausbauten allein 130 Millionen Schilling aufzuweisen. Hierin liegt die Ursache unseres grossen Wohnungselends.

Der Redner betonte zum Schluss, dass er mit ruhigem Gewissen sagen könne, daß alle amtsführenden Stadträte mit größter Gewissenhaftigkeit mitgearbeitet haben, um ein Budget zu erstellen, das dem Volke von Wien dienen kann. Es ist kein Budget, das von einer Partei hier in dieser Pause aufgestellt wurde, sondern es wurde in kollegialer Zusammenarbeit aller drei Parteien erstellt.

Wir wissen, daß so wie bei einem Privathaushalt auch bei uns oft die harte Not anklopft und wir mit schweren Sorgen zu ringen haben.

Ich glaube aber, wenn wir diesen Voranschlag ernstlich prüfen, ein hoher und heiliger Ernst darin zu finden ist und wenn wir alle zusammenarbeiten, wir wieder ein schönes, freies und glückliches Wien haben werden. (Allgemeiner starker Beifall.)

Als erster Redner in der Generaldebatte sprach Gemeinderat Schwaiger (ÖVP). Er betonte nochmals, daß es sich bei diesem Voranschlag für das kommende Jahr nicht um eine einseitige Angelegenheit einer Partei handeln könne, daß aber der Wille zur Zusammenarbeit nicht einseitig sein dürfe.

Es wäre für uns einfacher gewesen, in die Opposition zu treten und gleich einer anderen Fraktion unerfüllbare Anträge zu stellen, um so die Gunst des Volkes zu erringen. Wir haben aber eine solche Stellungnahme abgelehnt und uns zur Mitarbeit entschlossen. Daraus resultiert aber auch ein Recht auf Mitverantwortung und Mitsprache. Wir müssen heute hier feststellen, daß es in der SPÖ eine Gruppe gibt, die versucht, eine Zusammenarbeit zu verhindern und die ^{die} Zeichen der Zeit nicht verstehen will. Dem gegenüber steht die Gruppe des evolutionären Sozialismus.

Wir sprechen heute nochmals unsere Bereitschaft aus, mit allen aufbauwilligen Kräften zusammenarbeiten zu wollen. Es gibt heute nur eines: daß wir gemeinsam arbeiten und uns gemeinsam des Erfolges freuen.

Auf den Voranschlag für das Jahr 1947 eingehend, stellte der Redner fest, daß dieser Überblick zeige, daß es mit Wien u. Österreich wieder aufwärtsgehe. Unsere Wirtschaft und unser Handel haben den taten Punkt überwunden.

Allerdings ist auch der Abgang sehr groß und wir müssen uns ganz ernstlich mit ihm beschäftigen. Der Redner äußerte sich zustimmend zu dem Vorschlag der Verringerung des Personalstandes und zur Schaffung höherer Einnahmen und eines besseren Finanzausgleiches von Seiten des Bundes. Auch zu dem Vorschlag, Anleihen aufzunehmen, sprach sich Gemeinderat Schweiger zustimmend aus. Als vierten gangbaren Weg zeigte der Redner die Möglichkeit einer Verwendung der Rücklagen auf. Nach Abzug der wohl wertlos gewordenen Reichsschatzscheine verbleiben noch immer 240 Millionen Schilling und diese müssen wir in erster Linie für die Bedeckung der Kriegsschäden verwenden.

Wien hat 47 % der gesamten Kriegsschäden Österreichs erlitten. Ihre Behebung kann unmöglich allein von der Wiener Bevölkerung getragen werden. Es wird daher bei dem zu schaffenden Kriegsschädenwiedergutmachungsgesetz Wien den ersten und größten Anspruch auf die zur Verfügung stehenden Mittel haben.

Redner spricht seine Genugtuung aus, daß endlich die Schaffung eines für alle Gemeindeangestellten Österreichs geltenden Dienstrechtes vorbereitet wird. Auf das Gebiet der Personalpolitik der Gemeinde Wien übergehend erklärt er, der Personalreferent habe sich fast zum Diktator des Rathauses aufgeschwungen, der sich jede Wiedereinstellung und jede Wiedergutmachung nur mühsam abringen lasse. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. - Gegenrufe bei der SPÖ). Oft wird selbst berechtigten Forderungen aus rein parteilegitistischen Gründen ein starres Nein entgegengesetzt. (Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ). Wenn bei der Gemeinde noch ein Überstand von 3000 Bediensteten besteht, so sollte man doch zu der Maßnahme des Abbaues erst im letzten Moment greifen, da Abbaumaßnahmen immer Unruhe erregen und Anlaß geben, parteipolitische Tendenzen in die Personalpolitik hineinzutragen. In den Dienst der Gemeinde wurden viele Facharbeiter aufgenommen, die in der Privatwirtschaft dringendst benötigt würden. Hier muß gründlicher Wandel durch eine geschickte Lenkung geschaffen werden.

Vollkommen undemokratisch ist die Vorgangsweise bei den Neuaufnahmen. Wir wissen von konkreten Beispielen, daß bei jedem einzelnen Besuchsteller ein sozialistischer Parteifunktionär vorspricht und dem betreffenden entweder ganz offen oder mehr oder minder versteckt sagt, daß sein Ansuchen nur Erfolg haben werde, wenn er Mitglied der Sozialistischen Partei sei. (Lebhafte Zu-

stimmung bei der ÖVP.-Gegner bei der SPÖ). Wir müssen diese Vorgangsweise auf das entschiedenste zurückweisen. Der Hinweis auf eine ähnliche Praxis bei den Ministerien trifft nicht zu, da die Ministerien, also auch die sozialistischen, fast autonom auf diesem Gebiete sind und ^{da} mit ein großer Unterschied zwischen der Personalpolitik des Bundes und der Gemeinde gegeben ist. Bei der Gemeinde Wien hat der Personalreferent das gesamte Personalwesen in seine Hand gerissen. Wir erheben dagegen feierlich Protest und werden uns nicht eher zufrieden geben, als bis uns das zustehende Mitsprache-recht gegeben wird. (Lebhafter Beifall bei den Gemeinderäten der ÖVP.)

Redner wendet sich dagegen, finanzielle Besserstellungen der Angestellten durch Preiserhöhungen wieder wettzumachen, und betont zu dem Gebiet der Verwaltungsreform, daß es notwendig wäre, den durch den Krieg angeschwollenen Bürokratismus möglichst rasch einzudämmen. Es wurde nicht einmal ein Versuch dazu unternommen.

Auf das Gebiet der Steuern übergehend betont der Redner, die Steuerschraube sei bereits bis zum letzten angezogen.

Der Redner bedauerte es, daß für das Kapital Kultur und Volksbildung ein im Verhältnis zum Vorjahr gekürzter Betrag vorgesehen sei. Er betonte, daß gerade auf dem Gebiete der Volksbildung unendlich viel gut zu machen wäre.

Die Erhöhungen auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens zeigen die bedauerliche Tatsache auf, daß wieder sehr viele Menschen auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Es sei aber erfreulich, daß für diesen Zwecke verhältnismäßig viel Mittel zur Verfügung stehen. Es darf aber mit Fürsorge keine Parteipolitik betrieben werden. Fürsorge könne und dürfe nicht aus Parteimotiven heraus gesehen, sondern müsse als Gemeinschaftspflicht betrachtet werden.

Was das Gesundheitswesen betreffe, so ist erst vor kurzer Zeit anlässlich einer Pressekonferenz auf den alarmierend schlechten Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung hingewiesen worden. Umso eher hätte man sich aber zu wundern über die zögernde Förderung des Gesundheitswesens durch die Wiener Gemeindeverwaltung. Wohl betragen Wohlfahrtswesen und Gesundheitswesen zusammen einen bedeutenden Teil des Voranschlags, im Verhältnis zum Wohlfahrtswesen betrage die vorgesehene Summe für das Gesundheitswesen jedoch nur 14 %.

Welchen gewaltigen Aufschwung unser Wirtschaftsleben nimmt, ist aus dem Kapitel Bauangelegenheiten zu ersehen, das eine Steigerung von 94 % aufweist. Auf dem Gebiete des Wiederaufbaues jedoch muß man eigentlich enttäuscht sein. Bisher hatte man sich bloß mit der Planung und Ausstellung dreier grosser Projekte beschäftigt. Daneben wäre aber noch eine ganz grosse Zahl von Entwürfen in Angriff zu nehmen, die für die künftige Entwicklung unserer Stadt von grösster Bedeutung sein werden.

Der für Siedlungsbauten angesetzte Betrag von 15 Millionen Schilling reiche bei Zugrundelegung der heutigen Kosten wohl höchstens für 500 Siedlungshäuser aus. Die vom Finanzreferenten angesetzte Zahl von 2.000 Wohnungen erscheint daher sicherlich als zu hoch gegriffen. In Zeiten der Not müsse aber möglichst rasch zu Lösungen gekommen werden. Mit dem genannten Betrag könnte die siebenfache Zahl von ausgebombten Wohnungen benützbar gemacht werden, was 3500 Familien wieder ein Dach über dem Kopf geben könnte. Der Vorschlag der ÖVP geht daher dahin, daß die Wiener Gemeindeverwaltung sich in erster Linie auf Reparaturen verlegen müsse und der Siedlungsbau mehr den Genossenschaft und der Privatinitiative überlassen werden dürfe.

Auf dem Sektor des Fahrzeugwesens sei die traurige Lage nach Beendigung des Krieges durch die tatkräftige Hilfe der Besatzungskräfte und der UNRRA bald behoben worden. Heute stehen wir aber von der Tatsache, daß wir einen Großteil unserer Fahrzeuge nicht benützen können, weil der nötige Treibstoff fehlt. Wir verfügen zwar in Zistersdorf über reichliche Ölvorkommen, doch wird uns von diesen nur ein geringer Teil zur Verfügung gestellt.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit Fragen des Wohnungswesens und verlangt die Auflösung von Doppelwohnungen und die Sicherung, daß anfallende leere Wohnungen möglichst rasch wieder an neue Mieter vergeben werden können. Die Anforderungsfrist für neue Wohnungen soll auf 6 Wochen verlängert werden. Es gäbe nur eine wirkliche Lösung der Wohnungsfrage und zwar, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß unsere ausgebombten Wohnungen möglichst rasch wieder bezogen werden können. Das Versagen der Wiener Gemeindeverwaltung gegenüber der Privatinitiative, gerade auf diesem so lebenswichtigen Gebiete, müßte uns zu denken geben. Wir müssen hier im nächsten Jahre manche Unterlassungssünde gutmachen und revidieren.

Die Jugend findet wieder Freude an manuellen Berufen. Es muß daher im Verein mit dem städtischen Bauamt alles daran gesetzt werden, um unsere Fortbildungsschulen wieder auf den alten Stand zu bringen. Es soll die Privatinitiative nicht durch bürokratische Vorschriften gehemmt werden.

Auf dem Gebiete der Ernährung herrscht ein unbefriedigender Zustand. 1550 Kalorien können niemals eine ausreichende Ernährungsbasis darstellen. Der Redner erklärt, den heutigen Tag zum Anlaß nehmen zu wollen, um namens der Wiener Gesamtbevölkerung dem Bundeskanzler herzlichst dafür zu danken, daß er es ermöglicht hat, ein gegebenes Versprechen auch tatsächlich einzuhalten. (Beifall bei den Parteigenossen.) Auch der Bauernschaft gebühre für ihr Verständnis für unsere schwierige Lage voller Dank. GR. Schwaiger erwähnte, daß im Ministerrat unter Zustimmung aller drei Parteien das volle Genügen der Ablieferungspflicht durch die Bauernschaft festgestellt wurde.

Zur Frage der Kriegsgefangenen erklärte der Redner, daß z.B. noch immer viele österreichische Kriegsgefangene in belgischen Bergwerken schwer arbeiten müssen. Er appellierte an das Weltgewissen, uns doch endlich unsere Kriegsgefangenen wieder zu geben. Wir werden ihnen ihre Arbeitsplätze sichern. Solange sie noch nicht hier sind, wollen wir für ihre Angehörigen nach besten Kräften sorgen.

Zum Schluß gab der Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß aus dem Budget die Wiedergeburt unserer Vaterstadt ersichtlich sei. Es würde aber vieles besser sein, wenn man uns die Freiheit längst gegeben hätte. (Beifall bei den Parteigenossen.) Laßt uns ein freies Volk werden, denn nur ein selbständiges unabhängiges Österreich kann Europa zu seinem Glück und Wohle dienlich sein. Die Männer und Frauen der Österreichischen Volkspartei tragen in ihren Herzen die durch nichts zu erschütternde Gewißheit, daß unser Wien und damit unser Österreich wieder auferstehen wird. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Gemeinderat Lauscher (KPO) führte aus: Meine Fraktion nimmt den Voranschlag für das Jahr 1947 wieder zum Anlaß zu einer offenen und freimütigen Aussprache. Es sind ohne Zweifel im vergangenen Jahr auch Fortschritte erzielt worden, doch diese können nichts an der Tatsache ändern, daß die allgemeine Lage der Stadt und der Bevölkerung eine Verschlechterung erfahren hat. Besonders augenscheinlich wird dies, wenn wir die Zustände jetzt vor Weihnachten betrachten. Es gibt keine Strümpfe, keine Schuhe, keine Wäsche, nicht einmal das Glas Wein zu Feiertagen ist sichergestellt. Nur einige kleine Zubussen zur Ernährung werden gegeben. Schlechte Nachrichten kommen gerade jetzt, es wird die Erhöhung der Gas-, Strom- und Straßenbahnpreise angekündigt, die Zusatzkarten für Tuberkulose sind zurückgezogen worden und die Wiener werden diese Weihnachten sehr trostlos finden.

Unsere Lage hat in den letzten Wochen schon einigemal Anlaß zu Debatten im Gemeinderat gegeben. Es ist aber eine traurige Wahrheit, daß im Laufe des Jahres unsere Armen ärmer und unsere Reichen reicher geworden sind. Unsere Fraktion hat oft ihre warnende Stimme erhoben. Die brennenden Probleme unserer Stadt können nicht ohne die gesamtösterreichischen Probleme gelöst werden. Daher haben wir immer die Auffassung vertreten, daß der Gemeinderat seine ganze Autorität einsetzen muß, um auf die österreichische Politik Einfluß zu nehmen. Es ist eine Tatsache, daß der Mangel an Kleidern und Schuhen eine Folge unserer falschen Regierungspolitik ist. Die Regierung benachteiligt offensichtlich Wien gegenüber den anderen Bundesländern. Dabei ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in Wien im steten Steigen begriffen und es wird auch wieder produziert, unsere Herbstmesse war ein Beweis dafür, aber es fehlt jede Planung. Meine Fraktion hat schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß unsere Handelspolitik verfehlt ist und die einseitige Orientierung nach Westen unserer natürlichen Bestimmung zuwider läuft.

20 Monate nach der Befreiung hat Österreich noch immer kein Gesetz für die Finanzierung des Wiederaufbaues, obwohl der sechste Entwurf zur Beratung steht. Ebenso war es bisher nicht möglich zu einem tragbaren Finanzausgleich mit dem Bund zu kommen. Auch die Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft sind bisher nicht erfüllt worden.

Wir finden, daß man sich bei all diesen Fragen nicht immer auf die Besetzung unseres Landes ausreden kann. Niemand ist auf die Dauer übersehen, daß die beiden großen Parteien die Mehrheit haben und daher auch die Hauptverantwortung tragen müssen. In diesem Zusammenhang geht es nicht an, daß die ÖVP immer von ihrer Liebe zu Wien spricht, andererseits aber ihre Vertreter im Parlament und in der Regierung Wien systematisch benachteiligen und eine rasche Überwindung seiner Notlage verhindern. Auf die Dauer wird man eine solche doppelsichtige Politik nicht fortsetzen können.

Auch die sozialistische Mehrheit dieses Hauses muß zur Kenntnis nehmen, daß die Reden ihrer Vertreter im Gemeinderat nicht ernst genommen werden können, wenn sie sich nicht in der Haltung ihrer Vertreter im Parlament und Regierung widerspiegelt und wenn sie die Interessen Wiens nicht energisch vertritt und durchzusetzen vermag. Man behauptet, das erkläre sich da-raus, daß die sozialistische Partei im Parlament und Regierung nicht die Mehrheit habe. Sollte dies wirklich der Fall sein, gibt es einen Ausweg: Neuwahlen. Die ÖVP verliert den Einfluß in allen Schichten der Bevölkerung. Der Einfluß der Kommunistischen Partei ist im ständigen Wachsen begriffen, da sie durch ihre entschiedene Haltung im Stande war, ziemlich einschneidende Verschlechterungen für die werktätige Bevölkerung abzuwehren und mannigfache Verbesserungen durchzusetzen. Bei einer neuen Volksbefragung wird die ÖVP gewiß ihre Mehrheit verlieren und werden die reaktionären Kräfte geschlagen werden. Eine Führung der beiden Arbeiterparteien würde mit der Benachteiligung Wiens Schluß machen und durch Ausschaltung der reaktionären Kreise in den Schlüsselpositionen von Staat und Wirtschaft neuen Impuls und die Grundlage für eine Zusammenarbeit aller österreichischen Demokraten schaffen. Wer sich gegen Neuwahlen stellt, macht sich am derzeitigen Übel/^{stand} mitschuldig.

Das Budget 1947 enttäuscht die Wiener in der Erwartung, daß im kommenden Jahre eine nennenswerte Verbesserung der Verhältnisse eintreten werde. Als Hauptgrund dafür, daß heuer noch nicht wiederaufgebaut werden konnte, wurde der Mangel an Arbeitskräften angegeben, tatsächlich war aber zu wenig Baumaterial vorhanden.

Redner fragt an, welche konkreten Massnahmen die Gemeindeverwaltung zu ergreifen gedenkt, um die für eine planvolle Bautätigkeit notwendigen Materialien für 1947 zu sichern. Angesichts der Kriegsschäden und des Wohnungselendes in unserer Stadt genügt es nicht, von der Tradition Wiens auf dem Gebiete des Bauwesens nur zu reden. Wir halten es für abwegig, immer nur die Alliierten, die rund 8000 Wohnungen in Wien in Anspruch nehmen, für die Wohnungsnot verantwortlich zu machen, wenn in Wien noch 100.000 Ausländerleben, von denen kaum 5000 in Lagern untergebracht sind. Für eine Befreiung von dieser Ausländerfrage muss mit Nachdruck eingetreten werden. Wir begrüßen den Entwurf eines Wohnungsanforderungsgesetzes, das bessere Möglichkeiten der Wohnungsanforderung gibt, finden es aber keineswegs im Sinne der Parteienkonzentration, dass er ohne jede Fühlungnahme mit unserer Partei ausgearbeitet wurde.

Redner bespricht sodann die Frage des Mieterschutzes, für dessen völlige Beseitigung das Organ der ÖVP, das "Kleine Volksblatt", eintrete. Ich erkläre im Namen meiner Partei, dass wir einer Beseitigung oder Durchlöcherung des Mieterschutzes niemals unsere Zustimmung geben, sondern für die Sicherung des Mieterschutzes entschlossen den Kampf aufnehmen werden. Eine Wohnbautätigkeit um den Preis der Zertrümmerung des Mieterschutzes lehnen wir ab.

Für die bombengeschädigten Mieter ist nichts getan, obwohl die Voraussetzung für eine serienweise Produktion von einfachen Möbeln gegeben wäre. Unser Vorschlag auf Kommunalisierung von sofort produktionsfähigen, derzeit unter öffentlicher Verwaltung stehenden Holz- und Möbelfabriken wurde bisher übergangen.

Die Gewerbetreibenden führen einen harten Kampf gegen die Widrigkeiten unserer schwerfällig anlaufenden Wirtschaft. Es ist wohl berechtigt, dass sich das Gewerbe gegen den zu stürmischen Zulauf an selbständigen Erwerbenden schützt, aber es darf nicht der ganze Zustrom der aufbauwilligen Kräfte unterbunden werden.

Hinsichtlich der Ernährung genügt es nicht, nur die kritische Lage aufzuzeigen und die Schuldfrage erst erörtern zu

16. Dez. 1946

"Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1779

wollen, wenn die Gefahr vorbei ist. Der Kampf um die Sicherung der Ernährung wird mit aller Entschiedenheit fortgesetzt werden müssen. Redner begrüsst im besonderen die nachträgliche Erhöhung der Ausgabenpost für Fürsorgezwecke und hofft, dass durch weitere zusätzliche Zuwendungen an die Ärmsten in Form von Kleider- und Lebensmittelaktionen ein Ausgleich geschaffen werden könne. Wie ein Alpdruck lastet die Not unserer Kinder auf den Müttern. Aber auch der Kampf gegen die Tuberkulose muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geführt werden.

In der Personalpolitik sind durch die Schaffung einer neuen Dienstordnung beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Die KPÖ ist der Ansicht, dass jede Einseitigkeit der städtischen Personalpolitik schärfstens bekämpft werden muss.

Nach der wirtschaftlichen Lage der städtischen Unternehmungen kann die Bevölkerung leider nicht damit rechnen, dass die Sparmassnahmen mit Strom und Gas aufhören und Verbesserungen im Strassenverkehr eintreten werden. Die Unvermeidbarkeit der Erhöhung der Strassenbahntarife wurde bereits durch Stadtrat Honay in der Presse angekündigt, ohne dass vorher mit den Parteien darüber Beratungen stattgefunden hätten.

Der Redner wies sodann darauf hin, dass die Kommunistische Partei ihre ganze Kraft für die Beseitigung der Not aufwenden werde. Die gewaltigen Aufgaben, die sich aus dem Wiederaufbau ergeben, können nicht von einer Partei allein gelöst werden. Angesichts des bevorstehenden Winters ist die Zusammenarbeit aller Kräfte mehr denn je notwendig. Eine solche ist aber nur möglich, wenn keine Sonderinteressen verfolgt werden.

(Unterbrechung des Gemeinderats-Berichtes.)

Vorübergehende Kürzung der Gaslieferzeiten

Infolge einer durch den Frost eingetretenen starken Verminderung der Erdgaslieferung ist vorübergehend eine Kürzung der Gaslieferzeiten notwendig.

Ab Dienstag, den 17. ds. bis auf weiteres wird morgens erst ab 6 Uhr (statt bisher 4 Uhr) Gas abgegeben werden.

Gasmesser vor Frost schützen!

Die Wiener Gaswerke ersuchen alle Gasbezieher, ihre Gasmesser, insbesondere solche mit Wasserfüllung, durch Umhüllen mit geeigneten Isolationsmitteln, wie Tüchern u. dgl. gegen Frost zu schützen.

Die Gaswerke verfügen derzeit weder über das erforderliche Personal, um verrostete Gasmesser instanzzusetzen noch über jene Chemikalien, die das Einfrieren der Gasmesser verhindern.

Baustoffbezugscheine werden ungültig

Der Landesinspektor für die Baustoffbewirtschaftung im Land Wien gibt bekannt:

Alle grünen Bezugscheine über Baustoffe, welche von einer Dienststelle des Wiener Magistrates ausgegeben wurden, verlieren mit 31. Dezember 1946 ihre Gültigkeit.

Zur Erleichterung des erforderlichen Umtausches wird den Besitzern empfohlen, bis längstens 30. Dezember 1946 bei einem Baustoffhändler oder dem bezüglichen Lieferwerk die Bestellung aufzugeben.

Unterbrechung der Gaslieferzeiten

Die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke gibt bekannt: Infolge einer durch den Frost verursachten unvorhergesehenen Verringerung der Erdgaslieferung kann heute ab 12 Uhr mittags die Gasversorgung nicht normal aufrecht erhalten werden. Die Bevölkerung wird aufmerksam gemacht, die Gasflämmchen zu beobachten und im Falle des Verlöschens die Hähne zu schließen. Telefonische Anrufe bei den Wiener Gaswerken sind zwecklos und daher zu unterlassen. Voraussichtlich wird es möglich sein, die Gasversorgung ab 18 Uhr im normalen Umfange wieder aufzunehmen.

Fortsetzung des Gemeinderatsberichtes
=====

Als zweiter Redner der Kommunistischen Partei wies GR. Dr. Soswinski, darauf hin, dass dem Finanzentwurf für 1947 jeder Optimismus fehle. Grundlegendes und Entscheidendes müsse getan werden, solle es zu einer Änderung kommen. Man darf das Versagen auf allen Gebieten nicht immer nur mit einem Hinweis auf das Vorhandensein der Alliierten abtun. Es ist nicht zu leugnen, dass aus der Besetzung Kosten entstehen, es ist aber auch noch kein Plan für die Zeit nach der Besetzung vorhanden.

Eine weitere Erschwernis ist darin zu sehen, dass eine Gemeinde im Range eines Landes wie Wien nicht unabhängig ist und sich nicht freihalten kann von einer vollständig verfehlten Finanzpolitik des österreichischen Staates. Es wurde schon früher auf die Notwendigkeit von Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion hingewiesen. Viele Monate sind seit damals vergangen, aber noch nichts wurde von der Regierung in dieser Richtung hin getan. Wien muss so lange auf eine Änderung der Wirtschaft warten, bis sich mit der Änderung der Aussenpolitik auch eine Änderung der Aussenhandelspolitik ergeben wird. Eine Anregung, die von der KPÖ vor einem halben Jahr gegeben wurde, befindet sich heute erst im Stadium der Vorberatung. Es ist die Aufgabe eines Finanzministers oder eines Finanzreferenten, die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu untersuchen und neue Vermögensbildungen einer Besteuerung zuzuführen, um die Mittel zu finden zur Neuschaffung des notwendigen Wohnraumes. Die finanziellen Grundlagen müssen auch geschaffen werden durch die Einverleibung ertragnisreicher Betriebe, wie z.B. die Kinounternehmungen. Wenn Baustoffe auf normalem Weg nicht zu bekommen sind, dann müssen auch alle Anstrengungen gemacht werden, um die Baustoffindustrie so weit als möglich zu kommunalisieren.

Erst wenn diese Grundregeln geschaffen sind, werden wir auch in der Finanzwirtschaft einen Schritt weiter kommen. Aber nicht allein aus eigener Finanzkraft wird die Gemeinde ihre Aufgaben bewältigen können. Dazu ist notwendig, dass auch der Bund einen entscheidenden Beitrag leistet. Leider muss festgestellt werden, dass heute noch immer die nationalsozialistische Finanzgesetzgebung gilt. Es ist nichts getan worden, um die Fi-

Stanzhoheit der Länder und Gemeinden wieder herzustellen.

Die vielbesprochene und in aller Munde befindliche Kräftekonzentration ist bis heute nicht durchgeführt worden. Die Beschlüsse und Resolutionen des österreichischen Städtetages hätten ja allgemein zur Kenntnis gebracht werden sollen, damit man sich auch dafür einzusetzen vermag. Diese Resolution ist aber nur den beiden ^{großen} Parteien des Parlaments zugestellt worden, das heißt, daß auch nur diese beiden Parteien dafür die Verantwortlichkeit zu tragen haben.

GR. Dr. Soswinski brachte am Schluß seiner Ausführungen einen Antrag ein, nachdem der Gemeinderat der Stadt Wien die Wiederherstellung der Steuerhoheit fordern sollte, wie sie in der Zeit vor dem Faschismus den Bundesländern zustand. Er fordert weiters, daß im Finanzausgleich die Stadt Wien als Bundesland und Gemeinde den ihr gebührenden Anteil an dem gesamten Steueraufkommen erhält, der dieser Stadt auf Grund ihrer Steuerkraft, ihrer Bedeutung und der Schwere ihrer Kriegsschäden zukommt.

Eine Konzentration der Kräfte tut not, jener Kräfte, die in gemeinsamer Arbeit auf allen Gebieten neue Wege beschreiten wollen. Nur wenn uns das gelingt, dann wird Wien wieder ein Wien des Wiederaufbaues, ein Wien des Fortschritts, ein demokratisches Wien werden.

GR. Lötsch (SPÖ) wies auf die finanziellen Sorgen aller Gemeinden und Länder hin. Es müssen daher auf dem Gebiete des Steuerwesens neue Wege beschritten werden. Die wirklichen Einnahmen der Gemeinde Wien kommen aus zwei wichtigen Steuerquellen. Die eine ist die Gewerbesteuer und die andere die Grundsteuer. Zu diesen Steuern kommt noch die Lohnsummensteuer, die Getränkesteuer und die Inseratenabgabe. Auf dem Gebiete des Steuerwesens sind wir schon einmal neue Wege geschritten. Vor dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1913, hatte die Gemeinde Wien ihre Hauptsteuereinnahme im Mietzinsheller. 40 % ihrer Einnahmen stammten von der Zinskrone. Zu diesen 40 % kam noch die Verzehrungssteuer - sie brachte der Gemeinde 1/9 ihrer Ausgaben - und eine Steuer aus den Monopolbetrieben, die 1/5 der Ge-

16. Dez. 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1783

meindeeinnahmen gedeckt haben. Es sind damals auf den Kopf der Wiener Bevölkerung an Steuern 144 Schilling entfallen, unter Breitner waren es 107 Schilling und heute haben wir eine Steuergesetzgebung, die ungefähr 92 Schilling pro Kopf beträgt. Man kann also nicht davon reden, daß die Bevölkerung zu stark besteuert ist. Wir werden daher, sobald die Wirtschaft es erlaubt, mit einer Steuerreform einsetzen.

Die heutigen Steuern, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Getränkesteuer und Inseratenabgabe ergeben gegenüber dem Vorjahresbudget 1946 eine Steigerung von 26.6 Millionen Schilling. Aus dieser Ziffer kann ersehen werden, daß es doch langsam vorwärtsgeht.

Freilich kann die Gemeinde Wien nicht aus eigener Kraft die finanziellen Mittel aufbringen, um das Budget in Ordnung zu bringen und die Kriegsschäden zu beheben. Bei den künftigen Verhandlungen zwischen Ländern, Gemeinden und dem Bund muß getrachtet werden, daß die Gemeinde Wien jene Mittel bekommt, die sie braucht, um ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

GR. Lötsch betonte, dass nur wenige Menschen wissen, wieviel Personal notwendig ist, um einen geordneten Gemeindebetrieb aufrechtzuerhalten. Gegenwärtig seien bei der Gemeinde Wien 30.532 Arbeiter und Angestellte in Rechnung gestellt. Von diesen wurden schon 4.835 als Nationalsozialisten ausser Dienst gestellt. Pensionen beziehen gegenwärtig 14.414 Personen. In diesen Zahlen sind die Lehrpersonen nicht enthalten, weil die Lehrer vom Bund bezahlt werden. Allerdings muss die Gemeinde der Regierung jährlich 16 Millionen Schilling als Entschädigung dafür zahlen. Die Gemeinde Wien gibt also in jedem Jahr 204 Millionen Schilling für das Personal aus, das sind rund 45 % der Gesamtausgaben des Gemeindebudgets.

Die Aufgaben in der Gemeindeverwaltung jedoch sind sehr vielseitig. Im Vordergrund steht die Sorge für das Obdach. Es ist ein untragbarer Zustand, daß die Wohnungssuchenden zu jeder freiwerdenden Wohnung ein Wettrennen veranstalten. Wir begrüßen daher die im Voranschlag aufgestellte Summe für Siedlungs- und Wohnungsbauten, die allerdings nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet.

Es ist in diesem Saal schon sehr viel davon die Rede ge-

16. Dez. 1946

"Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1784

wesen, daß die gesunde Familie der Hauptpfeiler zu einem gesunden Staat sein muß. Wir haben uns dieser Erkenntnis nie verschlossen und darum schon nach dem ersten Weltkrieg mit einer umfassenden Bautätigkeit eingesetzt. Bis 1933 haben wir 65.000 Wohnungen erbaut und wenn es die Verhältnisse wieder erlauben, werden wir diese Tätigkeit auch in der Zukunft fortsetzen. Ich spreche hier von keinem Geheimnis, wenn ich sage, daß wir daran denken, den Wohnhausbau zu kommunalisieren, freilich müssen dann auch die Betriebe, die das Material dazu herstellen, kommunalisiert werden.

Die Schwierigkeiten in der Durchführung dieses Planes sind bekannt: Die Mehrheit in der Regierung ist für eine großzügige Verstaatlichung und Kommunalisierung nicht zu haben. Es wird also die Bevölkerung dafür sorgen müssen, daß jene Kräfte zum Sieg gelangen, die dieses große Unternehmen der Allgemeinheit dienstbar machen wollen. Die Gemeinde Wien ist heute schon der größte Hausbesitzer. 74.878 Wohnungen und 4491 Geschäftslokale werden von uns verwaltet, und ich glaube hier sagen zu können, wenn es keinen Februar 1934 gegeben hätte, bestünde heute wahrscheinlich keine Wohnungsnot. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Redner wies in der Folge auf die Leistungen der Sozialistischen Verwaltung in der Vergangenheit hin und betonte, daß zum Beispiel unter der Ära Breitner die Wiener Bevölkerung viel weniger Steuern bezahlt habe als vor dem Weltkrieg und daß diese Steuern gerechter verteilt waren, weil man dort hingriff, wo Geld vorhanden war. Durch den Krieg aber sind alle Menschen arm geworden, am ärmsten die Kinder und die alten Leute, wie die Tatsache beweist, daß wir täglich mehr als 12.000 Kinder ausspeisen müssen. Diese Aktion kostet uns 8,5 Millionen Schilling.

Eine Folge der jahrelangen Unterernährung ist das Anwachsen der Tuberkulose. Zur Bekämpfung dieser Seuche sind im Voranschlag 840.000 Schilling vorgesehen. Wir sind aber davon überzeugt, daß dieser Betrag nicht genügen wird, um die Tuberkulose wirksam zu bekämpfen, denn zuerst müßten wir die Bevölkerung ordentlich ernähren können.

Besonders hob GR. Lötsch hervor, daß im Voranschlag für die Angehörigen der Kriegsgefangenen 15 Millionen vorgesehen sind. Wir betrachten es selbstverständlich als unsere Pflicht, daß Regierung und Gemeinde für diese Menschen sorgen, aber wir wollen hoffen, daß diese Post im nächsten Jahr nicht mehr vorhanden ist und alle unsere Kriegsgefangenen endlich zu Hause sein werden.

Für die Behebung der Kriegsschäden sind noch 370 Millionen Schilling notwendig. Im ausserordentlichen Voranschlag sind rund 53 Millionen für Beseitigung der baulichen Schäden an den Gemeindeobjekten, 7 Millionen davon zur Ersetzung des Inventars vorgesehen.

Die Gemeinde Wien wird jene Zustände herbeiführen, die notwendig sind, damit das Wiener Volk endlich einmal in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen kann. Wenn dieser Voranschlag dazu beiträgt, begrüßen wir das auf das lebhafteste, geben aber auch der Hoffnung Ausdruck, dass es doch einmal möglich sein wird, einen besseren Voranschlag vorzulegen, in dem alle Bedürfnisse der Bevölkerung Wiens ihre Anerkennung finden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Parteigenossen.)

Damit ist die Debatte über die Gruppe II geschlossen.

Amtsführender Stadtrat Honay wendet sich in seinem Schlusswort gegen den Versuch des Gemeinderates Schwaiger, die sozialistische Mehrheit in einen revolutionären und einen evolutionären Teil, einen diktierenden und einen nach demokratischen Grundsätzen urteilenden, zu gliedern. Alle, die in der sozialistischen Mehrheit die Verantwortung tragen, sind Sozialisten. Die Behauptung, dass wir mit der Begebung einer Anleihe einen Plan der ehemaligen Christlichsozialen Partei verwirklichen, ist abwegig, da man die heutigen Verhältnisse mit den Verhältnissen nach dem ersten Weltkrieg nicht vergleichen könne. Zu dem Vorwurf gegen die Breitnersteuern kann nur gesagt werden, dass während der Zeit der Nationalsozialisten, auch von den jetzigen Anhängern der ÖVP sehr viele gesagt haben: „Wenn nur der Breitner wieder käme!“ (Anhaltender Beifall bei den Parteigenossen.)

Wir tragen den Selbstverständlichkeiten und Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung. Die Steuern sind im Voranschlag nicht zu niedrig sondern nur vorsichtig präliminiert, weil wir mit dem Steigen mancher Ausgaben und allenfalls mit unvorhergesehenen Ausgaben rechnen müssen. Wir können auch nicht unsere Rücklagen 100 %ig aufzehren. Wir ziehen sie in einem beschränkten Ausmass zur Behebung der Kriegsschäden heran, können uns aber nicht aller Barmittel entblößen. Die Ansätze für die Gruppe "Kultur und Volksbildung" sind nicht stiefmütterlich bedacht.

Bei Beurteilung dieses Voranschlags müssen die Beträge berücksichtigt werden, die als Ressortaufwand bei anderen Verwaltungsgruppen aufscheinen, wie die für Subventionen und für Stipendien eingesetzten Beträge, die zum grössten Teil kulturellen und volkswilänerischen Zwecken dienen.

Dazu kommen ferner die Personallasten dieser Gruppe, die allein 2.7 Millionen Schilling betragen.

Die Kritik der ÖVP an unserem Bauprogramm trifft nicht ganz zu. Die für Siedlungsbauten eingesetzten 15 Millionen, um die man nicht nur, wie behauptet, 500, sondern 800 bis 1000 Siedlungswohnungen bauen kann, sind nur die erste Rate dieses Programms. Die Gemeindeverwaltung fördert selbstverständlich die Baugenossenschaften. Das Eigenkapital in der Bevölkerung muß für diese Zwecke dienstbar gemacht werden, ohne die öffentliche Hand kann das Wohnungselend in dieser Stadt niemals beseitigt werden. Daher tun wir selbstverständlich alles, um die notwendigen Mittel zur Verwirklichung des Wohnbauprogrammes aufzubringen.

Es hätte nicht erst der Aufforderung der Kommunistischen Partei bedurft, daß die Sozialistische Partei den Mieterschutz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigt.

Wir bemühen uns, einen Ausweg aus dem Chaos zu finden, aber das Ziel kann nach all den Zerstörungen dieses mehr als 2000 Tage währenden Krieges nicht in kurzer Zeit erreicht werden. Gemeinderat Dr. Soswinsky, den ich ob seiner Sachlichkeit sehr schätze, vermißt den neuen entscheidenden Gedanken auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Leider hat er auch nicht gesagt, wie man es in dieser Zeit anders machen könnte. Die Einhebung einer Wohnbausteuer oder einer Hausgehilfenabgabe ist nicht möglich, auch die Kraftfahrzeugsteuer brächte keinen großen Ertrag, da gegenüber 58.944 Kraftwagen vor dem Kriege zur Zeit nur 15.570 und dazu überaltete Fahrzeuge in Betrieb stehen. Bei dem Versuch, Einnahmen aus der Kommunalisierung der Wiener Kinobetriebe zu schaffen, wurden große Schwierigkeiten gemacht. Wir vertreten diesen Gedanken nicht nur vom Standpunkt der Finanzen sondern auch einer Durchdringung des Volkes mit einer vernünftigen Kinopolitik. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

Vollständig ferne liegt es irgend einer Fraktion des Gemeinderates, das Recht auf Kritik zu beschneiden. Im Gegenteil, alle die die Verantwortung tragen, sollen die Möglichkeiten einer Kritik an der Verwaltung haben. Diese Kritik muß aber positiv sein und man wird den Verdacht nicht los, daß die Kritik der Kommunistischen Partei gewisse Sonderinteressen verfolgt. (Zwischenrufe des G.R. Lauscher). Wenn aber die Worte des Kommunistischen Sprechers ernst gemeint sind, dann wollen wir das begrüßen.

15. Dez. 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1787

Die von G.R. Dr. Soswinsky eingebrachte Entschließung die im wesentlichen nichts neues enthält, empfiehlt Stadtrat Henay zur Annahme. Was die Aufstellung des Voranschlages für 1947 betrifft, so hatte die geleistete Arbeit die sachliche Anerkennung der Vertreter der ÖVP und der KPÖ gefunden. Es wurde der Versuch gemacht, einen Voranschlag zu bilden, der Wien das gibt, was es braucht. Jetzt kommen Monat für Monat die Landeshauptleute zu gemeinsamen Beratungen beim Bundeskanzler zusammen. Diese Länderkonferenzen sind zu begrüßen und es ist zu hoffen, daß alle Parteien dem Land Wien in diesen Konferenzen ihre Unterstützung geben werden. (Lebhafter Beifall.)

Die hierauf folgende Abstimmung über das 2. Hauptstück des Voranschlages 1947 und über den Antrag Dr. Soswinsky ergab eine einstimmige Annahme.

Unterbrechung der Sitzung um 11.45 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung um 14 Uhr.

Den Vorsitz führt G.R. Dr. Neubauer.

Es gelangt nun das 3. Hauptstück des Voranschlages, "Kultur und Volksbildung" zur Verhandlung.

Aus den Ziffern des Voranschlages spiegelt sich deutlich die geistige, moralische und materielle Not der Zeit wieder. Wir sind formell zwar aus dem Budget-Previsorium herausgekommen, wir halten aber nichtsdestoweniger den Zeitumständen gehorchend bei provisorischen Ziffern.

Die Aufgaben der Verwaltungsgruppe III sind derart mannigfach und infolge ihrer pulsierenden Lebensnähe so abwechslungsreich und im besonderen Maße der Anpassung an die jeweiligen Umstände unterworfen, daß sie wegen ihrer Vielgestaltigkeit unmöglich in diesem Rahmen eine umfassende oder gar gründliche Schilderung erfahren können. Ich will daher an Hand des Voranschlagsplanes in Kürze in rückschauender Darstellung des Geleisteten das Ziel der Verwaltungstätigkeit für 1947 skizzieren, und nur einige Andeutungen für die Zukunft machen.

Es gibt wohl kaum eine Ausstellung im abgelaufenen Jahr, an der die Verwaltungsgruppe III - sei es direkt oder indirekt, sei es initiativ oder helfend, sei es beratend oder ausbessernd - nicht teilgenommen hätte. Das gilt von der Buchausstellung, die im Frühjahr ca. 2.000 Bücher der Schweizer Verlagsproduktion der letzten zehn Jahre vermittelt hat, bis zur eindrucksvollen Großleistung der Antifaschistischen Ausstellung "Niemals vergessen". Viele dieser Ausstellungen, das kann man wohl sagen, haben die Stadt Wien wieder in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt und volksbildnerisch fortschrittliche Arbeit geleistet.

Der Redner bespricht den Erfolg der Ausstellung "Niemals vergessen", die von mehr als 250.000 Personen besucht wurde; unter diesen waren 50.000 registrierte Nationalsozialisten.

Es wird daher Vorsorge zu treffen sein, daß das günstige Ertragnis dieser Ausstellung vor allem für den Aufbau eines ständigen antifaschistischen Museums und für den sonstigen kulturellen Aufbau Verwendung findet. Nach der derzeitigen Disposition wird die Ausstellung am 31. Dezember 1946 für Wien geschlossen. Sie wandert dann in verschiedenen Ausführungen zunächst in die Landeshauptstädte der anderen Bundesländer.

Eine besondere Förderung erfährt die Wiener Volksbildung, wie dies der Tradition der Volksbildungsstadt Wien entspricht.

Die Arbeit für die Wiener Volksbildung bedarf der Zentralisation und der Koordination aller auf Bildung gerichteten Bestrebungen. Außerdem zielt sie darauf ab, alle Mittel der technischen Vervollkommnung zu verwenden, um breiteste Wirkung mit tiefstem Nachdruck zu verbinden. Für diese gleichzeitige Extensivierung und Intensivierung der Wiener Volksbildung haben wir ein neues Forum ins Leben gerufen, das den Namen "Gesellschaft der Bildungsfreunde" führt. Sie arbeitet, wie alle Volksbildung, überparteilich und überkonfessionell.

Schon die Wintersemester 1946/47 haben neben den vier alten Volkshochschulen (Volksheim Ottakring, Volksbildungshaus Urania, Volksbildungshaus Margarethen und Alsergrund) sieben andere kleinere Volkshochschulen (Währing, Döbling, Wien-West, Hietzing, Wien, Favoriten, Floridsdorf) in diesem Verband gearbeitet. Etwa 14.000 Hörer besuchen wöchentlich mehr als 500 Kurse, die von 300 Dozenten besorgt werden.

Die Erhöhung der Ausgaberbücherei "Ehrungen" um 20.000 S gegenüber dem Vorjahr, wurde durch die notwendige Erhöhung der allzu bescheiden gehaltenen außerordentlichen Zuwendungen notwendig.

Besonderes Augenmerk wird der Begabtenförderung zugewendet; die Obsorge umfaßt nicht nur die Schüler der Städtischen Kunstschulen, sondern auch der staatlichen: der Hochschule für angewandte Kunst, der Akademie der bildenden Künste, der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst. Insgesamt konnten 244 Kunstschüler bedacht werden.

Besonders hervorheben möchte ich auch geldliche Hilfen, die den Teilnehmern an dem Internationalen Musikwettbewerb in Genf und zuletzt in Paris gegeben werden konnten.

Die 42 Stellen der Städtischen Büchereien, die 15 Stellen der Zentralbibliothek und die 3 Büchereien in den Volkshochschulen, zusammen 60 Büchereien, arbeiten trotz ihrer verschiedenartigen rechtlichen Voraussetzungen sachlich in engster Weise miteinander. Sie erfassen monatlich zirka 30.000 Leser.

Mit der Kleinen Galerie für Schule und Heim, die gute Verbindung zum Stadtschulrat hat, haben wir eine wirkungsvolle Einrichtung geschaffen, durch den Kunstdruck breiten Massen ästhetische Erziehung zu vermitteln. Sie betreibt ein Wechselrahmen-Abonnement, ein Abonnement auf monatlich wechselnde Ausstellungen und ist eben im Begriffe, einen Bildverleih, ähnlich einer Leihbibliothek einzurichten.

Die Ravag hat eine eigene wöchentliche Sendung "Volksbildung und Rundfunk" eingeführt.

Der Redner betonte im besonderen die außerordentliche Unterstützung, die die Arbeit der Wiener Volksbildung durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund erfährt.

Das Institut für Wissenschaft und Kunst bemüht sich um die Dozentenführung und diese Bemühungen sollen für die Intensivierung der Volksbildung wirksam werden.

Die Vorarbeiten für eine Gesamtausgabe der Werke der österreichischen Dichter Karl Kraus und Anton Wildgans beschäftigen auch die Verwaltungsgruppe III.

So groß das Bestreben ist, eine Theatergemeinde in Wien auf breitester Grundlage für die minder und mindestbemittelten Schichten der Bevölkerung aufzubauen, und so sehr diese Arbeit aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen längst realisiert sein müsste, so bedauerlich ist, daß hier allen Versuchen zum Trotz noch kein fruchtbares Ergebnis verzeichnet werden kann. Das allgemeine Ansteigen der Preise und Löhne war dieser Aktion nicht förderlich. Die theater- und musikpolitischen Aufgaben der Stadt Wien wurden aber im abgelaufenen Jahr in dem Mass wahrgenommen, dass ich wohl sagen darf, dass die Stadt Wien vieles getan hat, um einerseits das Theater- und Musikleben qualitativ und quantitativ zu fördern und andererseits um vieles abzuwenden, was in einer Zeit inflationistischer Neugründungen dem Ruf unserer Stadt abträglich ist.

Die Kunstförderung umfasst sämtliche Zweige der Kunst. Der Betrag von 165.000 S ist allerdings so gering bemessen, daß besondere durchgreifende Förderungsmaßnahmen wohl nicht in Betracht kommen.

Die gleichen Preise für das Jahr 1946, die im Budget ausgewiesen waren, sind leider aus Gründen der allgemeinen Einsparung nicht verliehen worden.

Am 31. Jänner 1947 ist der 150. Geburtstag Franz Schuberts. Ebenso fällt in das Jahr 1947 der 50. Todestag Johannes Brahms. Dieser beiden Meister soll in einem entsprechenden festlichen Akt gedacht werden. Hiefür ist ein Betrag von 20.000 S in Aussicht genommen. Wir wollen hier an die Bruckner-Festwochen im Jahre 1946 anknüpfen. Auch für sonstige festliche Veranstaltungen im Rahmen einer Theater- und Musikfestwoche soll in diesem Ansatz Bedeckung gefunden werden. Die Kunstförderung vollzieht sich ferner in Form der Auftragserteilung an Künstler oder durch Ankauf von Werken. Eine Ausstellung über die Neuerwerbungen der Stadt Wien, die noch vor Weihnachten im Rathaus eröffnet wird, wird einen Einblick in diese kunstfördernde Tätigkeit vermitteln.

Die Musiklehranstalten haben eine durchaus erfreuliche Entwicklung genommen. Die Musikschulen der Stadt Wien, die für die Musikerziehung der breiten Schichten des Volkes bestimmt sind, konnten im vergangenen Jahr erfreulicherweise um Schulen im 10., 13., 18. und 21. Bezirk erweitert werden. Die Schülerräume entsprechen aber keinesfalls noch dem Ansturm der Schüler. Die Bemühung, die Schulen in den dichtbevölkerten Bezirken zu vermehren, wird fortgesetzt. Die Zahl der Schüler beträgt heute am Konservatorium der Stadt Wien 887, an den Musiklehranstalten 662, an den Singschulen der Stadt Wien 5520.

Die Modeschule der Stadt Wien hat die Aufgabe, den Nachwuchs für eine Branche zu erziehen, die als Wiener Mode vor dem Kriege Weltruf besass. Der modische Beruf hat durch Materialmangel und durch die Einschränkung der Kriegszeit schwer gelitten. Und gerade dieser Beruf liegt der Wienerin ganz besonders. Die Sorge für eine entsprechende Nachwuchserziehung auf diesem Gebiete ist daher eine besondere Pflicht der Stadt Wien. Dadurch wird auch am wirksamsten der Kampf gegen den schädlichen Kitsch auf dem Gebiete der Mode geführt werden können. Die Modeschule umfasst zwei allgemeine Lehrgänge, die Modeklasse soll modisch geschulte, im Schneidern bewanderte Kräfte ausbilden, aus denen sich der Nachwuchs für Modezeichnerinnen, Modegraphikerinnen und Schneiderdirektoren ergeben soll. Die Textilklassen werden den Nachwuchs für Textil- und Musterzeichnerinnen und Strickereizeichnerinnen stellen. Die handwerklichen Klassen umfassen: Handweberei, die Spezialklasse für Schmuck, für Schrift und Buchbinderei und für Geschenkartikel. Die Schule besuchen derzeit 210 Schülerinnen. Mit der Schule soll auch aus den Beständen der städtischen Sammlungen und des früheren Hauses der Modeschule eine Modebibliothek und eine Modesammlung verbunden werden.

Die städtischen Büchereien sind eine der Säulen der Volksbildung in Wien. Bereits im Vorjahr konnten 23 Wiener städtische Büchereien wieder in Betrieb genommen werden. 19 weitere Büchereien wurden in Betrieb genommen, sodass heute 42 Zweigstellen mit 150.000 Bänden guten Lesegutes bereits über 16.000 ständige Leser versorgen.

Die Zahl der Entleihungen beträgt 70.000 Bände monatlich. Für das kommende Jahr ist eine Erweiterung der städtischen Büchereien in Aussicht genommen, sodaß hoffentlich Ende des nächsten Jahres 50 Zweigstellen in Betrieb stehen werden. Die größte Sorge der städtischen Bücherei bildet begreiflicherweise die Beschaffung von Büchern. Die nunmehr geschaffene Möglichkeit, vor allem, aus der Schweiz Bücher zusätzlich zu erhalten, soll im weitesten Maße ausgenützt werden. Daß mit dem im Voranschlag ausgeworfenen Betrag von 50.000 S keinesfalls das Auslangen gefunden werden kann, ist, wenn man sich den Buchpreis vor Augen hält, wohl selbstverständlich.

Die Landesbildstelle ist eine gemeinsame, mit dem Bundeslande Niederösterreich geführte Einrichtung. Ihr obliegt die Ver-
Anstalten, insbesondere der der Volksbildung
sorgung der Schulen, Ämter/und anderer Interessenten (Ravag, Besatzungsmächte, etc.) mit Photos zur Projektion, wie zur Reproduktion für Archivzwecke, einschließlich der textlichen/und technischen Ausbildung der Lehrerschaft, der Vorführer bei Volkshilfen und Lehrfilme, weiters die praktische
bildungsinstituten und anderer Interessenten durch Kurse und Belehrung, ferner die Verteilung von Schmalfilmgeräten und Stehbildprojektoren an Schulen, die Betreuung und Ergänzung des Bild (Negativ)-Archives und schließlich der technische Dienst für die Instandhaltung der in der Landesbildstelle vorhandenen Geräte. Der Laborbetrieb für den Bedarf der Ämter, Schulen, Institute, Besatzungsmächte ist ein außerordentlich reger. Das Laboratorium für photowissenschaftliche Arbeiten ist im Ausbau begriffen. Das Archiv umfaßt heute 85.000 Bildnegative. Die Verhandlungen mit dem Bundesland Niederösterreich wegen der entsprechenden Beteiligung an den Kosten dürften hoffentlich binnen kurzem befriedigend abgeschlossen werden können.

Der Redner beschäftigt sich ausführlich mit Fragen der Denkmalpflege, und der Wiederinstandsetzung von Gedankstätten, um sich dann der Stadtbibliothek zuzuwenden, die neben der gewaltigen Arbeitsleistung der Wiedereinrichtung ihrer Buchbestände auch ihre aufbauende Tätigkeit mit Erfolg fortsetzt. So gelang es z.B. 240 Blätter von Nestroyhandschriften, sowie den wertvollen schriftstellerischen Nachlaß des Malers und Kritikers Seligmann zu erwerben.

Auf die Erwerbung von kostbaren Schuberthandschriften zum Angebot von 40.000 Schilling mußte verzichtet werden.

Derplanmäßige Aufbau des Bestandes an Viennensien, insbesondere der Handschriften, von denen die Stadtbibliothek eine der reichhaltigsten Sammlungen besitzt, wird auch im kommenden Jahre fortgesetzt. Erfreulicherweise gelang es im Jahre 1946, alle Manuskripte und den grössten Teil der auswärts geborgenen Bücher zurückzutransportieren. Die rückgeführten Bücher werden nun im einzelnen revidiert und hier ergeben sich leider viele Beschädigungen.

Die Städtischen Sammlungen waren auch im letzten Geschäftsjahre vor allem damit befaßt, ihre auswärts geborgenen Musealgegenstände wieder nach Wien zurückzubringen. Bei der Sichtung und Ordnung dieser Gegenstände wirkt sich die Raumnot der Städtischen Sammlungen unangenehm aus. Die Städtischen Sammlungen haben trotz aller Schwierigkeiten auch im laufenden Jahre versucht, die Lücken in ihren Beständen aufzufüllen. So konnten insbesondere Bilder aus der secessionistischen Periode erworben werden. Erfreulicherweise bilden fallweise Widmungen an die Städtischen Sammlungen die Möglichkeit zur Ausgestaltung des Musealbestandes und es sei hier allen Förderern der Städtischen Sammlungen, die in verständnisvoller Weise ihr Scherflein zur Ausgestaltung des Musealbestandes beigetragen haben, aufrichtigst gedankt. Über die Erwerbungen der Städtischen Sammlungen in der letzten Zeit wird eine Ausstellung im Rathaus Aufschluss geben, die noch vor Weihnachten, am 23. Dezember, eröffnet wird. In Vorbereitung ist auch die Ausstellung "Das Wiener Stadtbild im Wandel der Zeiten".

Die Sportförderung befasste sich im laufenden Jahre vorwiegend nur mit der Sicherung und Wiederherstellung der verfügbaren Sport- und Spielplätze, die in vielen Fällen wieder ihren früheren Inhabern vor 1938 zur Verfügung gestellt werden konnten. Hand in Hand damit ging, soweit es die beschränkten Material- und Geldmittel zuließen, eine Förderung des Wiederaufbaues der Anlagen und der Sporteinrichtungen. Die Schäden, die dem Sport durch die Kriegsverhältnisse erwachsen sind, müssen leider mit über 5 Millionen Schilling geschätzt werden. Eine Summe, die weder einzelne Vereine noch die öffentliche Hand heute auszulegen vermögen.

Von den 115 Sport- und Spielplätzen sind nicht weniger als 38 total zerstört und 77 beschädigt, von den 400 Turnhallen 134 zerstört und 110 unbenützlich. Der Sportbeirat der Stadt Wien, der vor kurzem neu konstituiert wurde, wird sich bereits in den nächsten Tagen mit diesem wichtigen Problem zu befassen haben. Daß hier nur eine gemeinnützige Einstellung aller interessierten Kreise in wahrhaft demokratischer Zusammenarbeit Hilfe bringen kann, ist von vornherein klar. Ich richte auch hier den dringenden Appell an alle sportliebenden Kreise, in wahrhaft demokratischer Gesinnung gemeinsam an der Wiederaufrichtung des Wiener Sportbetriebes, der wieder seine Weltgeltung erlangen muß, einmütig mitzuarbeiten und kann die Versicherung abgeben, daß das Amt für Kultur und Volksbildung alles, was nur irgendwie in seinen Kräften liegt, gerne dazu beitragen wird. Die Arbeiten werden durch eine sinnvolle Gesamtorganisation des österreichischen Sportes, an deren Gestaltung gearbeitet wird, zweifellos eine wesentliche Förderung erfahren. Der Wiederinstandsetzung der Sportplätze, insbesondere aber der besonders wichtigen Frage der Beschaffung von Sportgeräten und Sportausrüstungen, wird ein besonderes Augenmerk zugewendet werden, da ja gerade diese Gegenstände eine wesentliche Voraussetzung für die Sportausübung bilden und wohl am ehesten durch die Bemühungen der öffentlichen Hand beschafft werden können. Ich verweise hier nur auf die Beschaffung von Spielbällen, von Sportkleidern, die sich kleine Vereine überhaupt kaum selbst zu verschaffen vermögen. Der Berichterstatter gibt der Hoffnung Ausdruck, daß für Kultur und Volksbildung die notwendigen zusätzlichen Geldmittel im Bedarfsfalle im Geschäftsjahr 1947 selbst bewilligt werden.

Als erster Redner in der Debatte über das Referat Dr. Matejka ergriff G.R. Dr. Trautzi (ÖVP) das Wort. Er betonte, daß auf dem Gebiete der Kultur und Volksbildung insbesondere in Bezug auf die Kunstförderung viel geleistet wurde. Es tauchen nur hier und da Bedenken auf, daß aus der Förderung und aus der Fürsorge für die Kunst vielleicht zu stark eine Lenkung der Kunst erwachsen könnte.

Die Kunst ist aber ein so empfindliches Instrument, dem man die volle Freiheit lassen muß. Die Kunstlenkung könnte auch sehr leicht einen bürokratischen Charakter annehmen, was unter allen Umständen vermieden werden muß.

Sehr begrüßenswert sind auf dem Gebiete der Volksbildung die Bestrebungen zur Errichtung einer überparteilichen Gesamtorganisation. Wir alle hoffen, daß es tatsächlich gelingt, ein Volksbildungsgebäude organisatorisch aufzurichten, das allen Wünschen möglichst gerecht wird.

Die Berufslenkung sollte die Jugendlichen, und zwar schon die Schulpflichtigen, erfassen. Wir laufen leicht Gefahr, daß infolge des Bestehens gewisser Mangelberufe in Handwerk, Industrie und Gewerbe Kinder zu irgendeinem Beruf gedrängt werden, in dem sie sicherlich ganz tüchtig sind; sie würden aber andererseits auf einem anderen Gebiet viel wertvolleres leisten. Schon jetzt sollte man jene Berufe ins Auge fassen, die der österreichischen Eigenart entsprechen, z.B. hatten wir eine hochentwickelte Juwelierkunst. Auch die Kunstgewerbebetriebe würden dringendst Nachwuchs brauchen.

Bezüglich der Schulbildung betonte der Redner, daß wir mit Stolz sagen können, das das Wiener Schulwesen immer vorbildlich gewesen ist und daß es dem Zusammenwirken aller gelingen wird, Wien wieder zu der Schulstadt zu machen, deren Ruf weit hinaus über die Grenzen unseres Vaterlandes geht. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind aber gerade hier ganz ungeheuer. Nicht nur, daß infolge der Säuberung von nationalsozialistischen Elementen ein Mangel an Lehrkräften herrscht, fehlen auch die entsprechenden Schulräume. Durch den Krieg wurde eine große Anzahl von Schulgebäuden vernichtet oder schwer beschädigt. Wir müssen trachten, den notwendigen Schulraum zu beschaffen, wenn wir nicht die Schuljugend in überfüllten Räumen unterrichten wollen. Der Redner verwies darauf, daß die Gemeindeverwaltung sehr viel Schulraum in Anspruch nimmt. Es sind nicht weniger als 13 Wiener Schulen von magistratischen Stellen besetzt.

Auch das Problem der Beheizung der Schulen bedarf gerade jetzt wieder dringend einer Lösung, wo die Kinder und Jugendlichen bei Temperaturen von 4 bis 6 ° unterrichtet werden müssen. Der Redner dankte der Wiener Lehrerschaft, die wirklich vorbildlich ihre Pflicht erfüllt. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Steinhardt (KPÖ) stellte fest, daß in den vergangenen Monaten auf dem Gebiet der Kultur und Volksbildung Erkleckliches geleistet worden ist. Man muss bedenken, unter welchen Umständen die Arbeit auf diesem Gebiete begonnen wurde und wie sehr in den letzten Jahren das kulturelle Gesicht Wiens verzehrt worden ist. Nach dem Bericht, den wir heute gehört haben, kann man in der Tat im grossen und ganzen zufrieden sein, denn was der Weiterentwicklung hemmend im Wege steht, ist das, was uns auch auf allen anderen Gebieten hindert: Der Mangel an allem. Ein grosses Verdienst hat sich das Amt für Kultur und Volksbildung dadurch erworben, daß es den Wienern die Kunst des Ostens erschlossen hat, die bei uns so gut wie unbekannt war. Der Redner würdigte sodann die Arbeit für die Ausstellung "Niemals vergessen", die zuerst mit einer gewissen Skepsis aufgenommen wurde. Der Erfolg habe jedoch die Bemühungen gerechtfertigt und 250.000 Besucher haben die Ausstellung gesehen.

Zum Schluss wies GR. Steinhardt darauf hin, daß manches, was von seiner Fraktion angeregt wurde, nicht fortgeführt worden ist, wie z.B. die Einflussnahme auf den Spielplan der Theater. Er schlug sodann vor, daß man Ausstellungen auch in die Rändbezirke verlegen solle, um sie der arbeitenden Bevölkerung leichter zugänglich zu machen und bemängelte die Vernachlässigung der alten Leute in den Anstalten in kultureller Beziehung.

GR. Planek (SPÖ) bezeichnet als Grundwahrheiten die Unteilbarkeit der Kultur und ihre Bestimmung für die Allgemeinheit. Die Sozialistische Partei hat darauf immer wieder nicht nur durch Worte, sondern auch durch viele Taten hingewiesen. Das Herantragen der Kultur an die breiten Volksmassen, ist nur durch die Vereinigung aller Kräfte und durch rationelles Vorgehen möglich. Die Inselhaftigkeit der Volksbildung muss endlich einmal durch die Zentralisierung, durch rationelles Arbeiten u. durch Koordinierung aller Volksbildungsmittel beseitigt werden. Die Kultur ist für viele Leute nur ein gutes Geschäft. Wir müssen von einer Zentralstelle aus, und dazu wäre das Kulturamt der Stadt Wien berufen, die Dinge zu steuern. Das wäre richtige Kulturlenkung. Redner erinnert an das ehemalige Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, das verschiedene Gebiete der Kultur durch einfache statistische Methoden an die Allgemeinheit herantrug und an die Antifaschistische Ausstellung, die den gleichen Weg beschritten habe.

Man müßte ein solches Institut wieder aufbauen. Alle weltan-
nhaulichen Verbände sollen in eine solche zentralisierte allge-
meine Volksbildung nicht eingeschaltet werden. Die religiösen
Verbände sollen mit der allgemeinen Volksbildung nichts zu tun
haben; sie sollen den Glauben, nicht auch den Wissensbereich ver-
treten. Das Schicksal der Demokratie wird von der Volksbildung
abhängen. Demokratisch sein heißt die Verpflichtung, sachkundig
zu sein, denn nur der Sachkundige kann in der Demokratie mit-
reden und mitbestimmen.

Die Stadt Wien hat ein vorbildliches Schulwesen. Dieses
wäre allerdings ohne das Wirken Ott Glöckels undenkbar. Im Par-
lament werden jetzt die Fragen der Schulgesetzgebung und der
Lehrpläne beraten werden. Wir wollen hoffen, daß die Wiener
Schule zum Vorbild für ganz Österreich wird. (Lebhafter Beifall
bei den Parteigenossen.)

Die vom Kulturamt geleistete Kunstförderung ist anerken-
nenswert, aber gerade auf diesem Gebiete muß noch manches ge-
schehen. Alle diejenigen, die heute im Kunstleben stehen, haben
eine Art Mission zu erfüllen, nämlich ihre Kunst an die breiten
Massen des Volkes heranzubringen. Die Förderung des Kunstgewer-
bes ist nicht nur eine Frage der Kultur sondern auch der Wirt-
schaft. Das Kardinalproblem ist der Nachwuchs. Das Kunstgewerbe
von heute hat mit wirklicher Kunst nicht mehr viel zu tun. Hier
muß eine große Erziehungsarbeit einsetzen. Die schaffenden
Künstler benötigen für ihre Arbeit den entsprechenden Rahmen.
Redner regt in diesem Zusammenhang die Mithilfe der Gemeinde
Wien zum Beispiel beim Wiederaufbau der Sezession an.

Auch auf dem Gebiete des Sports muß noch vieles geleistet
werden. Wir brauchen noch viele Anlagen und Spielplätze, aber
auch entsprechende Grünflächen. Die Pläne dazu liegen längst vor.
Aber auch in diesem Punkt wird es vielfach von der Rechten des
Hauses abhängen, ob diese Pläne durchgesetzt werden können, näm-
lich dann, wenn es zur Enteignungsfrage kommen wird. Dann wird
es sich herausstellen, ob es noch Sonderinteressen oder nur ein
Allgemein-Interesse gibt. Heute sind die Plätze für die zu
schaffenden Anlagen noch frei, jetzt besteht für den Wiener Ge-
meinderat eine einmalige Chance für die Planung der nächsten
Zukunft. Zur Kunst gehört selbstverständlich auch die Freiheit.

Kunst ist undenkbar ohne alle anderen Dinge des Lebens. Die Grundlage hiezu hängt aber auch von den Alliierten ab.

Stadtrat Dr. Matejka kam in seinem Schlußwort auf die gegenwärtige Ausstellung im Konzerthaus zu sprechen, bei der man auf den Standpunkt absoluter Freiheit steht. Es hat über ein Jahr gedauert, bis die Ausstellung zu Stande kam. Die Künstler die dort ständig ausstellen sind, in jedem Monat andere und können von zehntausenden Menschen aller Schichten der Bevölkerung gesehen werden. In vorbildlicher Weise wird moderne und konservative Kunst den breiten Massen zugänglich gemacht.

Erfreulich ist, daß in diesem Hause betont wurde, daß in den letzten eineinhalb Jahren eine intensive Berührung mit der Sowjet-Union stattgefunden hat. Man war von der Stadt Wien aus immer bemüht Berührungspunkte mit allen Ländern zu finden, in einen Kunsttransfer einzutreten, aus dem zahlreiche Aktionen entstanden. Unter Hinweis auf die Antifaschistische Ausstellung betonte Stadtrat Dr. Matejka, daß es die Pflicht des Gemeinderates wäre, den Arbeitern und Angestellten, wie auch den künstlerischen und technischen Leitern der Ausstellung offiziell den Dank auszusprechen und vor allem die Arbeit Prof. Slamars zu würdigen. (Allg. Beifall.) Die Intensivierung der Volksbildungsarbeit ist sehr wichtig und bedarf einer elastischen, labilen und anpassenden Form. Diese Form hat sich die "Gesellschaft der Bildungsfreunde" zu eigen gemacht, der man eine große Zukunft voraussetzen darf. Er begrüßte auch die von Gemeinderat Flanek erwähnten Arbeiten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums und gab bekannt, daß eine solche Institution im Erstehen begriffen ist, die mit dem Namen Otto Neurath verbunden sein wird. Das Amt für Kultur und Volksbildung steht mit der Witwe Neuraths in Verbindung und es werden wieder die Methoden seiner Bildstatistik in Wien angewandt werden.

Damit ist die Debatte über das Kapitel "Kultur und Volksbildung" erledigt. Der Voranschlag der Verwaltungsgruppe III wurde einstimmig angenommen, desgleichen auch der Antrag des Gemeinderates Steinhardt, wonach das Reinerträgnis der Antifaschistischen Ausstellung zum Teil für kulturelle Zwecke und zur Unterstützung der Naziopfer verwendet werden soll.

Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes.

650 Heimkehrer aus Rußland
=====

Heute nachmittags ist der erste der angekündigten Heimkehrertransporte aus Sowjet-Rußland am Ostbahnhof in Wien angekommen. Er brachte 650 Mann, davon rund 400 Wiener. Zum Empfang des Transportes hat sich in Vertretung der Bürgermeisters Vizebürgermeister Speiser eingefunden, der von den Heimkehrern als Abgesandter der Stadt Wien herzlichst begrüßt wurde. Die Bundesregierung war durch Minister Dr. Altmann vertreten. Namens des Heimkehrerreferates der SPÖ begrüßte Bundesrat Millwisch die Heimkehrer.

Verkaufszeiten zu Weihnachten
=====

Der Wiener Magistrat (Mag.Abt.63) gibt auf verschiedene Anfragen bekannt:

Im Lebensmittelkleinhandel und im sonstigen Kleinhandel gelten am Goldenen Sonntag (22.12.) und am 24., 25. und 26.12.46 folgende Verkaufszeiten: Lebensmittelkleinhandel, Kleinverschleiß der Lebensmittelerzeugungsgewerbe, Kleinhandel mit Lebensmitteln und anderen Waren: 22.12 (Sonntagsarbeit gestattet) 8 - 11, 16 - 19 Uhr, 24.12. (Offenhaltungspflicht) 7 - 17 Uhr, Mittagsperre unzulässig.

Kleinhandel mit anderen Waren als Lebensmitteln: 22.12. (Sonntagsarbeit gestattet) 10 - 18 Uhr, 24.12. (Offenhaltungspflicht) 9 - 17 Uhr, Mittagsperre unzulässig. 25. und 26.12 (gesetzliche Feiertage): Milchgeschäfte durch zwei Stunden nach dem Einlangen der Milch (Offenhaltungspflicht).

Verlegte Sprechstunde
=====

Vizebürgermeister Lois Weinberger hält in dieser Woche seine Sprechstunden statt Freitag schon am Donnerstag, den 19. Dezember von 9 bis 12 Uhr.

Fortsetzung des Gemeinderats - Berichtes:
=====

Nun übernimmt GR. Amalie Resniczek den Vorsitz.

Es gelangt das Kapitel "Wohlfahrtswesen" zur Verhandlung. Berichterstatter amtsführender Stadtrat Dr. Freund (SPÖ) führte aus, daß auch in diesem Jahre die Fürsorge im Zeichen anhaltender wachsender Notstehe. Eine rasch sich vollziehende Aufzehrung aller Sachvorräte nähert sich dem Ende. Auch der Mittelstand, der bisher noch über einige Reserven verfügte, wird bereits davon ergriffen.

Die Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung des einzelnen und der Familie ist, bei dem jetzigen Stand der Technik und bei dem Stand der landwirtschaftlichen Entwicklung, doch eigentlich die primitive Erfüllung des Bedarfes an Wohnraum, Licht, Beheizung, Kleidung u. Nahrung. Es ist aber der öffentlichen Wirtschaft von Staat und Gemeinde, ganz abgesehen von der sogenannten freien Wirtschaft des Unternehmertums, nicht gelungen, diese Bedürfnisse auch nur annähernd zu befriedigen. Aber auch uns beherrscht keine Befriedigung über das Gelerbte, aber dem überaus empfindlichen Mangel an allen Verbrauchsgütern, an Nahrung und an Energie und der Unmöglichkeit, die Kriegsschäden an unseren Wohnhäusern restlos zu beseitigen, ist es zuzuschreiben, daß die geredhterweise zu erfüllenden Bedürfnisse nicht erfüllt werden konnten.

Wenn wir jetzt dennoch einiges in der Wiederherstellung und vielleicht sogar im Aufbau erreichen konnten, so verdanken wir dies meiner Meinung nach vier Umständen. Zunächst den großen Mitteln, die der Gemeinderat für das Jahr 1946 der Wohlfahrtspflege ohne jeden Abstrich zur Verfügung stellte, dann der Unterstützung durch die alliierten Mächte und ganz besonders den reichlichen Spenden der Hilfsorganisationen der Schweiz, Dänemarks, Schwedens, Hollands, der Vereinigten Staaten und Argentinien, nicht zuletzt der restlosen Arbeit unserer Beamten, Kindergärtnerinnen, Fürsorgeräte und Fürsorgeamtsvorsteher. (Allgemeiner Beifall.) Außerdem hat das gute Einvernehmen, das das Wohlfahrtsamt mit allen politischen Parteien und ihren Fürsorgeorganisationen pflegen konnte, viel zum Gelingen unserer Sache beigetragen.

Was der Verwaltungsgruppe IV ganz ungemein die Arbeit erschwert, ist die durchaus unorganische Abgrenzung zwischen dem Wohlfahrtsamt und dem Gesundheitswesen. Es sind dies zwei Gebiete, die unzertrennlich zueinander gehören.

Der Redner führte dann weiter aus, daß die Ausgaben der Gemeinde Wien für das Wohlfahrtswesen 92.5 Millionen Schilling erreicht haben. Für Wohlfahrts- und Gesundheitswesen betragen die Ausgaben zusammen 166 Millionen Schilling.

Stadtrat Dr. Freund umriss sodann die Aufgabengebiete der ihm unterstehenden Ämter und ging auf die einzelnen Rubriken des Budgets ein.

Bisher wurden 45 Wärmestuben errichtet. Bei den Dauerbesorgten kam es zu einer Erhöhung der Ausgaben auf 26,8 Millionen Schilling. Eine Familie bestehend aus einem Mann, einer Frau und 2 Kindern bekommt jetzt 150 Schilling im Monat. Ich weiss, daß dies noch immer nicht sehr viel ist, aber es war uns nicht möglich für diesen Zweck mehr aufzubringen. Der grösste Teil dieser Dauerunterstützten besteht noch dazu aus Leuten, die über 65 Jahre alt sind. Mit einer Rückkehr in das Erwerbsleben ist also hier nicht mehr zu rechnen.

In der allgemeinen Fürsorge werden vor allem Asoziale, Staatenlose, Trinker und ähnliche Gruppen betreut. Die letzte Sparte wird dadurch etwas aufgelockert werden, daß die Nazikinder ausgeschieden werden, denn ich kann diese Kindern vergelten lassen, was ihre Väter verbochen haben, (Zwischenrufe: sehr richtig!)

Wir haben aber auch in diesem Budget die Ausgaben für einmalige Geld- und Sachbeihilfen auf 2.5 Millionen Schilling erhöht und falls dies nicht ausreichen sollte, steht uns aus dem Ertragnis der Armenlotterie eine letzte Reserve, vor allem für Leute, die nicht in den starren Rahmen des Fürsorgegesetzes fallen, zur Verfügung.

Ein sehr wichtiges Kapitel stellt die wirtschaftliche Tuberkulosenhilfe dar. Neben der Heilstättenbehandlung ist die Sorge für das leibliche Wohl des Kranken hier das beste Heilmittel. Nur in gesunden Wohnungen kann es zu einer Sanierung der gesundheitlichen Verhältnisse kommen. Wir zählen in Wien 30.500 Fälle aktiver Tuberkulose, darunter 750 Dauerbefürsorgte, die einen durchschnittlichen Aufwand von 70 Schilling verursachen. Auch das ist nicht viel und wird bemühen uns daher durch Sachbeihilfen die Befürsorgung dieser Leute zu verbessern. Im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten habe ich deshalb beschlossen, im Dezember 100 Schilling für jeden Tuberkulose-Dauerbefürsorgten flüssig zu machen, damit diese wenigstens vor der drückendsten Not bewahrt werden.

Schliesslich muss ich aber unbedingt darauf dringen, dass die Verpflegung der Tuberkulösen besser wird. Es ist bisher leider noch immer nicht gelungen, die Arbeiterkarte für sie zu erlangen. Die Zahl der Tuberkulösen in unserer Stadt bildet ein grosses Gefahrenmoment für uns alle. Es muss daher unser Ziel sein, diesen Menschen zu helfen.

Ein kleiner Betrag scheint für die Rubrik Krüppelfürsorge auf. Wobei ich aber bemerken will, dass die Krüppelorganisationen selbständige Körperschaften sind und Subventionen erhalten, die an anderen Stellen des Budgets angeführt sind.

Ein sehr grosser Teil der Arbeitslast, die auf unseren Fürsorgeämtern ruht, umfassen die zusätzlichen Hilfsmassnahmen durch ausländische Organisationen.

Aus dem Sachbeihilfenlager in der Josefstädterstrasse wurden seit Jänner 227.300 Einzelpersonen mit Lebensmitteln, Bekleidung und Schuhen versorgt. Wir haben u.a. die Aktion des Britischen Roten Kreuzes durchgeführt, ferner die British Aid for Austria, die Schweizer Quäkerhilfe und die amerikanische Quäkerhilfe. Trotz unserer Bemühungen war es nicht möglich, für die 25-60jährigen Tuberkulosekranken irgendeine dauernde Hilfe aufzutreiben. Auch KZler und sonstige politisch und rassistisch Verfolgte werden von uns, und zwar aus amerikanischen und anderen Spenden, befürsorgt. Für die Unterstützung der Familien noch nicht Heimgekehrter waren im Vorjahre 36 Millionen Schilling eingesetzt. Heuer sind 15 Millionen präliminiert. Wir bedauern es, dass wir diese Summe unseren Heimkehrern nicht in Form von Löhnen und Gehältern auszahlen können.

Das grosse Kapitel der Flüchtlingsfürsorge ist eine durchlaufende Post und scheint im Budget überhaupt nicht auf, bereitet uns aber sehr viel Arbeit und kostet viel Material. Die Anzahl der Flüchtlinge nimmt in Wien wieder allmählich zu. Wir haben zur Zeit in der Stadt 112.851 gemeldete Ausländer. Davon sind ungefähr die Hälfte Flüchtlinge. Das Flüchtlingsproblem beschäftigt uns auch bevölkerungspolitisch ausserordentlich.

Der Berichterstatter kam sodann auf die Tätigkeit des Jugendamtes, auf die Jugenderholungsfürsorge und den zentralen Informationsdienst zu sprechen. Im Jugendamt werden von den sechs grossen Dezernaten drei von Frauen selbständig geführt, und zwar die Dezernate für Jugendrechtsfürsorge, Erholungsfürsorge und für

Kindergartenwesen, welches letzteres mit Ausnahme des männlichen Zentralinspektors zur Gänze aus Frauen besteht.

Gegenwärtig hat das Jugendamt 24.000 Amtsmündel zu betreuen, unter denen sich nur 126 eheliche Kinder befinden. Zu diesen Amtsmündeln gehören auch die sogenannten "Armeekinder", deren Vater von den alliierten Mächten gestellt wurden. Es ist eine interessante Tatsache, daß von 735 solchen Kindern 371 im Osten, und 364 im Westen ihre Väter zu suchen haben. Unter den Kindern befinden sich auch 2 kleine Neger. Sie alle werden mit derselben Liebe betreut und großgezogen werden wie die übrigen.

Gegenwärtig sind 292 Kindergartenabteilungen im Betrieb, in denen 454 Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen beschäftigt sind. Die Kinder erhalten dort für 1 Schilling die ganze Woche hindurch ein gutes und ausreichendes Essen. Insgesamt werden dort 8.900 Kinder betreut. In guter Entwicklung sind die Mutterberatungsstellen begriffen. Statt 33 im Jahre 1938 gibt es bereits 74, zu denen im nächsten Jahr fünf weiter hinzukommen. Daneben ist ein Mutterschulungskurs geschaffen worden. Eine besondere Sorge bedeutet, wie schon bei der vorigen Budgetdebatte erwähnt, die Beschaffung von Säuglingswächse. Vielleicht wird es aber doch möglich sein, so wie früher einmal wieder ein komplettes Windelpaket abzugeben.

Die durch das Jugendamt direkt oder indirekt geführte Ausspeisung hat bereits astronomische Zahlen erreicht. Die allgemeine Schul- und Lehrlingsausspeisung umfaßt täglich 120.000 Esser, die Gemeindefröhen und Kindergärten speisen 4000 Kinder aus, die Schwedenaktion 29.000 drei- bis sechsjährige Kinder, die Dänen seit 1. Mai 1946 nicht weniger als 21.000 Kinder, so daß es zusammen über 170.000 Kinder sind, die taglich ein Mittagessen erhalten. Aber auch die unentgeltlich gegebene Hilfe erfordert große Summen für die Zubereitung und den Transport der Speisen. An Herstellungskosten sind in einem Jahr 1,200.000 Schilling erwachsen.

Eine zusätzliche Arbeit wird von den Fürsorgerinnen durch die Milchabgabe geleistet. Insgesamt wurden 122.000 Portionen ausgegeben. Von den Schweden wurde zusätzlich Trockenmilch ausgegeben, wodurch insgesamt 400.000 Portionen, die je 3 1/2 Liter fetter Vollmilch darstellen, zur Verteilung gelangten.

Für die Erholungsfürsorge in Heimen sind bereits 700 Betten vorhanden, zu denen noch 3450 Betten des Gewerkschaftsbundes und privater Institutionen zu rechnen sind. Die Erwähnung der Tatsache, daß im heurigen Jahr mehr als 6.000 Wiener Kinder in der Schweiz auf Erholung waren, löste im ganzen Saal starken Beifall aus.

Stadtrat Dr. Freund berichtete, daß in letzter Zeit das Amerikanische Rote Kreuz wieder Schuhe und Kleider für Kinder nach Wien gebracht hat. Die Schweiz hat 400.000 Franken zur Beschaffung von 40.000 Paar Kinderschuhem aufgewandt. Dies wäre besonders begrüßenswert, weil Kinder aus Mangel an Schuhen oft überhaupt nicht oder nur zeitweilig die Schule besuchen können.

Besonders dankenswert sei die Erhöhung der Stipendien und Lehrlingsbeihilfen auf den Betrag von 600.000 Schilling. Sie sind eine neue Einführung und tragen dadurch, daß sie bloss an Mangelberuf-Lehrlinge gewährt werden, einer gewissen Berufslenkung Rechnung.

Zum Schlusse führte der Redner aus, daß die Summen, die für die Wohlfahrtspflege ausgeworfen werden, sehr groß sind. Sie sind aber nötig, um unser Volk und insbesondere unsere Jugend über diese schwere Zeit der Not hinwegzubringen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Als erste Rednerin in der Debatte sprach GR-Eleonore Hiltl (ÖVP) Sie verglich die Wohlfahrtspflege mit einem grossen Meer, in das wir immer Wasser hineinschütten wollen, um die grossen Bedürfnisse wirklich zu befriedigen.

Sehr erfreulich sei, daß der Betrag, der für Säuglingswäschepakete angesetzt wurde, eine starke Erhöhung erfahren hat. Sie dankte im Namen der Mütter, die durch diese Aktion von einer schweren Sorge befreit worden seien.

Die Rednerin danke jenen Nationen, die sich in den vergangenen Monaten so sehr bemüht haben, unsere Not zu lindern und unserem Lande zu helfen. Wir freuen uns zwar über diese Hilfe, doch wären wir glücklich, wenn wir endlich aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln die Not und das Elend unseres Volkes beheben könnten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Auch der Errichtung von Kindergärten sollte verstärktes Augenmerk zugewendet werden. Es sollte hier die Privatinitiative viel mehr unterstützt werden. Wir alle legen Wert darauf, daß die Wie-

ner Kinder zu wirklich österreichischen charaktergestärkten Menschen, fern von jeder Parteipolitik, erzogen werden.

Auf dem Gebiete der Erholungsfürsorge wurde viel geleistet. Es sollte aber hier getrachtet werden, auch für unsere Mütter Erholungsaktionen durchzuführen und ausserdem Erholungsheime für unsere alten Leute zur Verfügung zu stellen.

Das monatliche Taschengeld für die Pfleglinge in den Anstalten sollte erhöht werden. GR. Hiltl beantragt das monatliche Handgeld für die Pfleglinge der Altersheime der Stadt Wien von derzeit 2 Schilling auf 4 Schilling zu erhöhen und in der Folge den weiteren Preissteigerungen anzugleichen.

Die Rednerin richtete ferner einen Appell an die weibliche Jugend, sich als Heimfürsorgerinnen zur Verfügung zu stellen, um den durch ihren Beruf überlasteten Müttern zu helfen. Sie würden einmal in späteren Jahren, wenn sie sich in der gleichen Lage befinden, dankbar sein, wenn ihnen das gleiche vergolten wird. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Zum Schluß betonte die Rednerin, daß wir alle zusammenstehen sollen, um das Elend und die Not zu lindern, um damit gemeinsam unserer Stadt Wien den grössten und heiligsten Dienst zu leisten. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Steinhardt (KPÖ), führte unter anderem aus: Neben dem Ernährungsamt ist das Wohlfahrtsamt jenes, das am meisten mit den widrigen Zeitumständen zu ringen hat und wir müssen daher anerkennen, dass das erstellte Budget einigermaßen den Anforderungen entspricht.

In der Folge betonte GR. Steinhardt, dass alles, was getan worden sei, noch zu wenig sei und noch viel mehr getan werden müsse, denn was nützt es, wenn unsere Kinder einige Stunden in guter Pflege und Obhut sind und wenn sie nach Hause kommen, wieder in eine trostlose Umgebung zurückgleiten. Man spricht heute von einer Verwahrlosung der Jugend, aber hier nützt keine Erziehung, sondern wir müssen unseren Kindern heraushelfen aus der furchtbaren Not, in der sie leben müssen. Der Redner spricht sich auch gegen die unnatürliche Trennung des Gesundheits- und Fürsorgeamtes aus und tritt für eine vernünftige Scheidung ein, solange wir kein solches gigantisches Genie wie Professor Tandler besitzen.

--- --

Nachtrag zu Blatt 1787:

Als erster Redner in der Nachmittagssitzung referierte Stadtrat Dr. Matejka (KPÖ) über das dritte Hauptstück des Voranschlags (Kultur und Volksbildung).

Wenn ich namens meiner Fraktion meine Zustimmung zu dem Budget der Gruppe „Wohlfahrtswesen“ gebe, so verbinde ich damit den Wunsch, daß in der wirtschaftlichen Lage unseres Staates bald eine Besserung eintrete und daß insbesondere die Lage unserer Kinder eine bedeutende Besserung erfährt.

GR. Nödl (SPÖ) betont die Notwendigkeit, an die Aufgaben des Wohlfahrtswesens vor allem mit ^{dem} Herzen heranzugehen. Die Sozialistische Partei hat Wien schon einmal zum Zentrum einer vorbildlichen Fürsorge gemacht, die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus gewürdigt worden ist. Bei verschiedenen Spenden, die uns jetzt zuteil werden, wird immer wieder darauf hingewiesen, es sei eine Dankeschuld, unserer Stadt zu helfen, weil man ihr so viele Anregung auf dem Gebiete der Fürsorge verdanke. Wenn ich namens der Sozialistischen Partei sage, daß die Zeit, da einige wenige Wohltäter Almosen verteilten, endgültig vorbei sein muss und dass wir nicht demütige Bittsteller schaffen dürfen, sondern daß es Pflicht eines Gemeinwesens ist, den unverschuldet in Not geratenen Menschen in jeder Lage zu helfen, ist damit in groben Umrissen gesagt, was wir uns unter Fürsorge vorstellen. Wir hatten in diesem Saale nicht immer die Zustimmung der anderen Parteien zu unserer Ansicht über die Fürsorge. Rednerin erinnert an die Zeit vor 1934, wo man der Sozialdemokratischen Partei die sogenannte "Fürsorgeinflation" vorwarf, als sie den Menschen zu helfen versuchte. Es ist besser vorzusorgen, als nachträglich Hilfe zu bringen, wenn es vielleicht schon zu spät ist.

Wir begrüßen es gleichfalls, daß die Säuglingswäscheaktion wieder eingeleitet wird und die Kindergärten wieder instandgesetzt wurden. Ihre Zahl muss aber vergrößert werden. In den Kindergärten soll nur Frohsinn und Glück unter den Kindern verbreitet werden. Der Auswahl der Kindergärtnerinnen ist grosse Beachtung zu schenken. Bei der Anstellung müssen ehemalige politische Häftlinge bevorzugt werden. Begrüßenswert wäre es, wenn sich die Ausbildung der Kindergärtnerinnen auf 4 Jahre zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr erstrecken würde und sie nicht, wie jetzt, erst mit dem 16. Lebensjahr begänne. Alles, was für die Jugend geschieht, sichert die Zukunft unserer Stadt. Professor Tandler hat einmal den Satz geprägt: "Wer Kindern Paläste baut, reisst Kerkermauern nieder!" Dies gilt auch heute.

Eine Lücke in der Kette der Fürsorgemassnahmen für unsere Jugend klafft bei den schwer erziehbaren oder sozial gefährdeten Kindern, die in Erziehungsheime kommen, da diese nicht dem Wohlfahrtsamt, sondern dem Anstaltenamt unterstehen. Es wäre günstiger, alle mit der Jugendfürsorge befassten Anstalten im Wohlfahrtsamt zu vereinen.

Zu dem Appell der GR. Hiltl an die weibliche Jugend, sich überlasteten Müttern zur Hilfe zur Verfügung zu stellen, erklärt die Rednerin, die Jugend habe durch den Krieg so viel verloren, dass es nicht angezeigt sei, sie zu Pflichten anzuhalten, die sie nicht freiwillig, froh und aus eigener Initiative zu übernehmen geneigt ist. Man muss sie so lenken, dass sie von selbst zur Hilfe bereit sind.

Diejenigen, die unter dem Faschismus in die Kerker gewandert sind, müssen, wenn es irgend eine Stelle zu besetzen gilt, jenen gegenüber bevorzugt werden, die vielleicht dieselben Fähigkeiten besitzen, aber ihre Treue zu unserer Stadt nicht so bewiesen haben. Dazu ist das Opferfürsorgegesetz geschaffen worden. Die Rednerin ersucht, den ehemaligen Häftlingen die Amtsbescheinigungen beschleunigt auszustellen. Den Witwen von Justifizierten muss das Leben so weit als möglich erleichtert werden.

Am Schlusse ihrer Rede kam GR. Nödl auf das Los der österreichischen Kriegsgefangenen zu sprechen. Sie machte sich zur Sprecherin der wartenden Frauen und appellierte an die Alliierten und an die Frauen in diesen Ländern. Österreich braucht seine Männer nicht nur zum Aufbau, sondern auch dazu, dass die zerstörten Familien wieder in Ordnung gebracht werden, die Kinder ihre Väter bekommen und die Frauen wieder beruhigt ihrer Arbeit nachgehen können. Erst wenn die Kriegsgefangenen daheim sind, werden die Österreicher wissen, daß wirklich Frieden geworden ist. (Lebhafter Beifall.)

Stadttrat Dr. Freund sagte in seinem Schlusswort, dass er auch im Ausland um Säuglingswäschepakete gebeten hat. Vielleicht wird es aber auch möglich sein Säuglingswäsche aus der inländischen Zellwolleindustrie zu bekommen.

Die Erholungsaktionen werden durch eine Besserung der Bahnverhältnisse eine Steigerung erfahren können. Es ist beabsichtigt, Mütter samt ihren Kleinkindern auf Erholung zu schicken.

Der Antrag der G.R. Hiltl auf Erhöhung des Handgeldes der Pfleglinge in den Altersheimen wird ehebaldigst zur Behandlung gestellt werden. (Allgemeiner Beifall).

Die Fürsorge- und Kindergärtnerinnenschulen haben in Österreich einen guten Klang. Für diese jungen Mädchen soll demnächst ein Internat geschaffen werden. Die Anstalt Eggenburg wird demnächst wieder in Betrieb gesetzt werden.

Es wird weiterhin das Ziel des Wohlfahrtsamtes bleiben, die Zahl der Kindergärten zu erhöhen. Die Anregung Köchlerinnen in den Fürsorgerinnen- und Kindergärtnerinnenschulen zu begünstigen und ihnen durch Erlassung des Schulgeldes materielle Hilfe zu gewähren, wird wohl die Zustimmung des ganzen Hauses finden. Die Erziehungsheime werden wir sicher in grösserer Anzahl dann eröffnen können, sobald es die allgemeine Lage gestattet.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Ansatz des vierten Hauptstückes des Voranschlags der Stadt Wien einstimmig angenommen. Der Antrag auf Erhöhung des Handgeldes für die Pfleglinge der Stadt Wien wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Einer Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Dr. Freytag, Katschläger und Genossen (ÖVP) der verlangt, dass die weiblichen Schaffnerinnen aus Gründen der mangelnden Sicherheit auf den Strassen Wiens ihren Dienst spätestens um 20 Uhr beenden können, wird die Dringlichkeit zuerkannt. Der Antrag wird sodann dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Die Sitzung wird um 18.25 Uhr unterbrochen und morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Lebensmittelkarten für die nächste Versorgungsperiode

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die nächste Versorgungsperiode erfolgt mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage schon im Laufe dieser Woche, und zwar für die Bezirke 1 bis 5, 10 bis 13, 20 und 21, sowie für das Gebiet von Neu-Wien am Mittwoch, den 18. Dezember und für die übrigen Bezirke am Donnerstag, den 19. Dezember. Die Zusatzkarten werden von den Kartenstellen erst in der Woche nach den Feiertagen ausgegeben. Alle Karten sind sofort nach Erhalt mit Name und Adresse zu beschreiben.

Die Bestellscheine der Lebensmittelkarten sowie der Anmeldeabschnitt 23 der Erdpfelkarte sind bis Freitag, den 27. Dezember 1946 in den Geschäften abzugeben. Die Rayonierungsfrist ist unbedingt einzuhalten, weil die Auslieferung der Waren auf Grund der abgegebenen Rayonierungsabschnitte erfolgt.

Am Tage vor der allgemeinen Kartenausgabe und am Tage der Ausgabe selbst muß der Parteienverkehr in den Kartenstellen auf unaufschiebbare Fälle beschränkt werden. Für Spinnstoffangelegenheiten ist der Parteienverkehr an diesen Tagen gesperrt.

Die von den Wohnparteien bestätigten Hauslisten sind bis Freitag, den 27. Dezember 1946, in den Kartenstellen abzugeben.

Gemüseaufruf

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf die Abschnitte 341 und 541 des Gemüseausweises wird nach Maßgabe der Anlieferungen ^{Gemüse} 1/2 kg/abgegeben. Die Abschnitte 351 und 551 werden nur noch bis Samstag, den 21. Dezember 1946 eingelöst.

Die Gemüsekleinhändler haben die bisher eingenommenen Abschnitte 304 und 504 bei der Verrechnungsstelle abzurechnen und die dafür erhaltene G-Bestätigung sofort an ihren Großhändler weiterzugeben.

Schwierigkeiten in der Gasversorgung

=====

Es wird bekanntgegeben, daß infolge andauernden Erdgas-
mangels die Gasversorgungslage weiterhin unbefriedigend ist und
infolgedessen die heutige abendliche Gasabgabe vorzeitig einge-
stellt werden muß. Die Gasabnehmer werden aufgefordert, die Gas-
flammen zu beobachten und bei deren Verlöschen die Hähne zu
schließen.

Pressebesichtigung

=====

Freitag, den 20. Dezember 1946, 15 Uhr nachmittags, findet
im Historischen Museum der Stadt Wien, Neues Rathaus, Feststiege
I, eine Besichtigung der Ausstellung "Neuerwerbungen des Museums
der Stadt Wien" für die Presse statt. Die Wiener Tageszeitungen
sind dazu herzlichst eingeladen.